Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1914

120 (26.5.1914)

Visual Library

No. 120. Karlsruhe, Dienstag den 26. Mai 1914. 34. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Lindenau und Ludwig.

Am Samstag hat der preußische Kultusminister im Abgeordnetenhaus mit Nachdruck versichert, daß der Professortitel in Preußen nicht käuflich sei, in welcher Form es auch immer sein möge. Vielleicht hat er recht, vielleicht auch nicht. Vorläufig heißt es abwarten, ob die Untersuchungen, die Herr v. Trott zu Solz im Anschluß an die Veröffentlichungen im „Vorwärts" angekündigt hat, einen zwingenden Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung erbringen. Am Ende gibts ja auch noch eine Art von indirekter Käuflichkeit. Der Vermittler braucht die Summe, die er von dem Titelsüchtigen erhält, nicht in die Staatskasse abzuführen; er mag seinen und anderer Leute persönlichen Einfluß benutzen, um an den maßgebenden Stellen die notwendige günstige Stimmung für den zu erzeugen, der gern Professor werden möchte.

Wird aber wirklich der Titel nur nach Verdienst und Würdigkeit verliehen, dann stehen der General von Lindenau und der Reichsverbandssekretär Dr. Ludwig in einem um so bedenklicheren Lichte. Der eine hat sich für eine Ware bezahlen lassen, die tatsächlich gar nicht lieferbar war, der andere hat seinem Auftraggeber allerlei Schwindel vorerzählt, ganz abgesehen davon, daß beide Ordnungsstützen nicht das geringste darin fanden, Vermittlerrollen in einem Titelhandel zu übernehmen.

Herr v. Trott zu Solz aber sucht noch mehr zu beweisen. Er stellt in Abrede, daß die beiden Wackeren sich überhaupt darum bemüht hätten, die Wünsche ihrer Auftraggeber zu befriedigen. Das wird ihm im Falle Lindenau recht schwer, denn nachdem er „festgestellt" hat, daß der verstorbene General sich niemals im Ministerium um die Erlangung des Professortitels oder eine andere Auszeichnung bemüht habe, fügt er hinzu, daß er allerdings vor zwei oder drei Jahren einmal im Ministerium gewesen sei, um sich bei den zuständigen Referenten über die Verleihung des Professortitels an einen praktischen Arzt zu erkundigen. Der Referent war abwesend und die Unterredung kam nicht zustande, aber aus den Worten des Ministers geht doch hervor, daß der General dann mit einem andern Beamten über sein Anliegen gesprochen hat und selbst wenn das nicht der Fall wäre: ein Mann mit den guten Beziehungen des Herrn v. Lindenau braucht sich doch in solchen Dingen nicht immer selbst zu bemühen.

Der Herr Dr. Ludwig ist im Ministerium überhaupt nur als Verfasser seiner sozialistenfresserischen Abhandlungen bekannt; er hat niemals weder schriftlich noch mündlich versucht, den Professortitel für irgend jemand zu erwerben. Dafür aber erkennt er die Echtheit des von Liebknecht veröffentlichten Schreibens in einem aus seiner böhmischen Heimat datierten Briefe an die ihm nahestehenden Zeitungen ausdrücklich an. Es heißt da:

„Die in Nr. 36 des „Vorwärts" veröffentlichte „Enthüllung" von Karl Liebknecht hat mit dem „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" nicht das mindeste zu tun. Ich selbst habe aus Gefälligkeit — natürlich nur als Privatmann und nicht als zweiter Beamter des Reichsverbandes — auf Wunsch eines mir bekannten Arztes Erkundigungen eingezogen, ob es nicht möglich sei, ihm den Professortitel zu verschaffen. Die mir gegebene Auskunft habe ich auf Grund stenographischer Notizen gutgläubig weitergegeben. Mir stiegen aber hinterher Zweifel über die Richtigkeit auf und ich überzeugte mich, daß die Angaben unzutreffend waren. Ich habe daher in der Sache nichts mehr getan, die Beziehungen abgebrochen und weder einen Pfennig Vermittlungsgebühr gefordert noch empfangen. Der betreffende Arzt hat auch den gewünschten Titel nicht erhalten."

Sehr nett ist, daß dem dienstwilligen Dr. Ludwig Bedenken erst aufsteigen, nachdem er in einem eingeschriebenen Briefe die detaillierteſten Angaben über die Bedingungen für die Erlangung des Professortitels gemacht hat. Nachher hat er sich sogar überzeugt, daß seine Mitteilungen unzutreffend waren. Auf irgend ein leeres Geschwätz hin will diese Staatsstütze also Angaben gemacht haben, die geeignet waren, den preußischen Staat aufs schwerste zu kompromittieren. Vorläufig erscheint uns das außerordentlich unglaubhaft. Stellt sich seine Behauptung aber als wahr heraus, so haben wir einen schönen Beweis dafür, mit welcher Leichtfertigkeit dieser Mensch mit den Tatsachen umsprang. Kann man sich noch über seine Skrupellosigkeit in der Bekämpfung der Sozialdemokratie wundern, wenn man sieht, wie er ohne genaue Prüfung des Sachverhalts dem Staat, als dessen vornehmster Verteidiger er sich fühlt, aufs schlimmste bloßstellt? Daß unter diesen Umständen trotz seines „aufklärenden" Schreibens „Post" und „Deutsche Tageszeitung" von diesem Helfer im Kampf wider den Umsturz genug haben, läßt sich begreifen.

*

Daß die einträgliche und hochpatriotische Titelschacherei des Hauptgeschäftsführers des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie keine einmalige Entgleisung ist, Herr Dr. Ludwig auch nicht als das Opfer eines grundschlechten Verführers zu bemitleiden ist, wie das von einigen staatserhaltenden Blättern vermutet wurde, geht aus einer weiteren Korrespondenz hervor, die denselben Herrn zum Verfasser hat und die nun der Breslauer „Volkswacht" auf den Tisch geflogen ist. Der erste Brief lautet:

„Dr. Franz Ludwig. Berlin, den 7. April 1912.
W. 57, Mannsteinerstr. 1

Sehr geehrter Herr Doktor!

Wenn Sie ernsthaft den bewußten Titel anstreben, so werden Sie sicher darüber klar sein, daß hierzu größere finanzielle Anforderungen erfüllt werden müssen. Es handelt sich um ein absolut reelles Zug-um-Zug-Geschäft. Der geforderte Betrag wird bei einem Notar deponiert mit der Bestimmung, daß er an dem Tage verfällt, an dem sie den bewußten Gegenwert offiziell in Empfang nehmen. Im Falle des Nichtgelingens steht der Betrag unverkürzt zu ihrer Verfügung, sodaß Sie absolut kein Risiko eingehen. Irgendwelche Vorschüsse werden nicht erhoben. Diskretion gegenseitig selbstverständlich. Zuvorerst müßten Sie sich entschließen, Ihre Personalien anzugeben.

Ihren diesbezüglichen Mitteilungen sehe ich entgegen und zeichne

Hochachtungsvoll
Dr. Ludwig."

Im zweiten Briefe wird Herr Ludwig schon deutlicher:

„Dr. Franz Ludwig. Berlin, den 20. April 1912.

Herrn Dr. .....

Sehr geehrter Herr Doktor!

Gestatten Sie zunächst noch die Anfrage, ob Sie approbierter deutscher Zahnarzt sind. Ist dies nicht der Fall, ist die Erlangung des Hofzahnarzttitels, die vielleicht sonst mit 8—10 000 Mk. zu lancieren wäre, etwas teurer. Auf jeden Fall aber bitte ich, unsern Briefwechsel zu vernichten und mir Ihre Entschließung baldmöglichst zu unterbreiten.

Hochachtungsvoll
Dr. Ludwig."

Man sieht also, es ist ein Engros-Geschäft, das Herr Ludwig mit Professoren- und Hofratstiteln treibt, ein sehr einträgliches Geschäft wahrscheinlich, denn zwei Professoren und zwei Hofräte bringen ihm schon das runde Sümmchen von 100 000 Mk. Da kann man schon über die Unmoral und die Sittenlosigkeit der Sozialdemokratie herziehen, das monarchische Gefühl rentiert sich. Der Reichsverband, der sonst über jede Unrichtigkeit ein großes Geschrei erhebt, ist bis jetzt mäuschenstill geblieben. Das ist bezeichnend; umsomehr, als auch die Mitteilung der „Staatsbürger-Zeitung", daß diese Summen in die Kasse des Reichsverbandes geflossen sind, bisher noch nicht widersprochen wurde. Es wäre ein Skandal sondergleichen, wenn festgestellt würde, daß der Reichsverband einen erheblichen Teil seiner Mittel durch Titelschacher erworben hätte. So ganz unwahrscheinlich ist das nicht, wenn man bedenkt, daß die Gönner des Reichsverbandes meist einflußreiche Persönlichkeiten sind.

*

Berlin, 25. Mai. Genosse Liebknecht veröffentlicht heute im „Vorwärts" einen neuen Brief des Generals Lindenau vom 22. Mai 1912, in dem es heißt: „Ich habe 3000 Mark zu wenig bekommen und habe schwere Kämpfe darum gehabt und kann Ihnen diese nur mündlich auseinandersetzen, wenn ich im Juni wieder nach Berlin komme. Wenn damals aus der Sache nichts wurde, so lag das daran, daß der Herr .... auf die ganze Sache verzichtete."

Liebknecht bezeichnet weiter die Behauptung Dr. Ludwigs, er habe sich von der Unrichtigkeit der Angabe über die Titelkäuflichkeit überzeugt und daher nichts weiter in der Sache getan, als eine schlanke Unwahrheit. In seinen Händen befänden sich noch drei Briefe Dr. Ludwigs in der betreffenden Angelegenheit. In dem einen vom 13. Februar 1912 heißt es: „Sehr geehrter Herr Professor, mein Gewährsmann in Sachen des Professorentitels fragt mich an, ob er sich nicht direkt mit Ihnen in Verbindung setzen könne, er habe günstige Offerte zu unterbreiten. Da ich in dieser Sache nichts ohne Ihre Genehmigung tun will, erlaube ich mir die Anfrage, ob Sie damit einverstanden sind. . . ."

Deutsche Politik.

Rette sich, wer kann!

Das Polizeiamt von Bremen machte vor einigen Tagen der Presse folgende Mitteilung:

Anläßlich des Prinz Heinrich-Fluges vom 20. bis 24. ds. Mts. werden voraussichtlich die Automobile Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen nebst Bedienung, sowie die Oberleitung und die Wagen der hiesigen Sportleitung die Straßen des bremischen Stadt- und Landgebietes mit Ueberschreitung der gewöhnlichen Geschwindigkeitsgrenze passieren. Die Fahrzeuge sind durch grüne bezw. gelbe Flaggen gekennzeichnet. Dem Publikum wird beim Ueberschreiten der Fahrstraßen besondere Aufmerksamkeit empfohlen.

Prinzliche Automobile dürfen die gewöhnliche und von der Polizei festgesetzte Geschwindigkeitsgrenze überschreiten. Wer unter die Räder der rasenden Maschine kommt, hat es sich selbst zuzuschreiben und seiner Unkenntnis deutschen Rechts, nach dem der Prinz über Gesetzen und Polizeiverordnungen steht.

Deutsche Soldaten in Durazzo.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" erfährt, schweben zwischen den Kabinetten Erwägungen, die darauf hinzielen, das italienische und österreichisch-ungarische Marinedetachement, das den persönlichen Schutz der fürstlichen Familie in Durazzo übernommen hat, durch Entsendung kleiner Truppenabteilungen der anderen Großmächte in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Bei diesem Beschluß würde es sich um eine Aktion handeln, die lediglich den Charakter einer internationalen Polizeimaßnahme trägt, der jede Interventionsabsicht fernliegt.

Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes hat der sozialdemokratische Fraktionsredner, Gen. Wendel, der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die deutsche Regierung die Finger davon lassen möge, falls dem albanischen Fürsten einmal etwas „Allzu-Albanisches" passieren und dieserhalb die Mächte eingreifen sollten. Das Auswärtige Amt täte gut daran, schleunigst festzustellen, daß Deutschland in Albanien nicht eingreifen wird, auch nicht durch Beteiligung an einer internationalen Polizeimaßnahme.

Ausland.

Frankreich.

Die Entwicklung der sozialistischen Fraktion in der französischen Kammer. Eine interessante Uebersicht über die bisherige Gestaltung der sozialistischen Vertretung gibt Amedee Lunois in der „Humanité". Erst seit Schaffung der geeinigten Partei (1905) gibt es eine solche Fraktion in unserem Sinne: eine einheitliche parlamentarische Vertretung der organisierten Partei, von den Parteigenossen aufgestellt und ihnen verantwortlich. 1896 hatte man zuerst durch eine kurze grundsätzliche Erklärung eine einheitliche Grundlage der theoretisch und taktisch weit voneinander abweichenden Vertreter zu schaffen gesucht. Vorher gab es nichts als eine durch nichts geeinigte lockere Gruppe, die sich sozialistisch nannte: ein Wort, mit dem, wie ja noch heute in Frankreich, die verschiedensten Dinge bezeichnet wurden. Zuerst kamen einige Sozialisten bei den Listenwahlen von 1885 in die Kammer. Die rein sozialistischen Listen in Paris, dem Nord u. a., waren unterlegen, aber in einige Listen der gegen die Monarchisten gerichteten „republikanischen Konzentration" waren auch Sozialisten aufgenommen, die gewählt wurden. Darunter war nur ein Mitglied einer Parteiorganisation: Boyer von der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten). Er suchte die Gesinnungsgenossen mit einem sehr unbestimmt gehaltenen Programme zusammenzufassen. Es fanden sich 18 Abgeordnete, die es anerkannten, darunter die Bergarbeiter Basly und Camélinat, der Dichter Clovis Hugues und Millerand. Jaurès hielt sich fern. Später kamen in Nachwahlen noch 3 hinzu: Pyat und Cluseret, die der Kommune angehört hatten, und Ferroul von der Arbeiterpartei. Zum erstenmal trat die Gruppe anläßlich des Bergarbeiterstreiks in Decazeville gemeinsam auf. Ein Antrag Camélinat, der die Regierung aufforderte, sich mit den Bergleuten behufs weiteren Betriebs des Bergwerks als Nationaleigentum zu verständigen, erhielt 39 Stimmen. Die boulangistische Bewegung lenkte von den sozialen Aufgaben ab und zog selbst eine Anzahl der sozialistischen Abgeordneten zu sich herüber. Bei den Wahlen von 1889 wurden 4 Mitglieder der Arbeiterpartei, 2 vom „Revolutionären Zentralkomitee" (Blanquisten), 2 von der „Vereinigung sozialistischer Arbeiter" (Possibilisten) gewählt. Einige andere, darunter Millerand und Cluseret, stimmten öfter mit ihnen zusammen. In Nachwahlen kamen hinzu: Basly, Lafargue, Jaurès. Lafargue war nach der Streikmetzelei von Fourmies in Lille, Jaurès nach dem großen Streik von Carmaux im Tarn gewählt. Die Wahl 1893 brachte eine starke Vermehrung: 19 Vertreter der Parteigruppen (7 Arbeiterpartei, darunter Guesde, 5 Blanquisten, darunter Vaillant und Sembat, 2 Broussisten, 5 Allemanisten der „Revolutionären sozialist. Arbeiterpartei") und 34 „Unabhängige", worunter Jaurès, Millerand, Basly Viviani und 6 frühere Boulangisten. In Nachwahlen kamen noch 4 Unabhängige hinzu. Die Gewählten bildeten eine lockere Vereinigung (Union Socialiste), der nur 3 Allemanisten (2 waren aus- und der Union beigetreten) und 1 Possibilist nicht angehörten. 1896 wurde eine von Millerand entworfene Prinzipienerklärung erlassen, die sich für die Enteignung der Kapitalisten und die internationale Vereinigung der Arbeiter aussprach. Im übrigen waren die Mitglieder frei; von einer Fraktionsdisziplin war keine Rede. Die Prinzipienerklärung wurde aber nur von 26 Abgeordneten unterschrieben. Die Zahl der wirklichen Sozialisten war 31. Bei der Wahl von 1898, die im Zeichen der Dreyfuß-Krise stand, unterlagen Jaurès und Guesde. Die Union bildete sich sofort wieder und zählte 88: 13 Guesdisten, 3 Blanquisten, 3 von kleineren Gruppen, 14 Unabhängige. 5 kamen in Nachwahlen dazu. Infolge des Eintritts Millerands in das Ministerium Waldeck-Rousseau traten 1899 die Angehörigen der organisierten Gruppen aus. Bei der Wahl von 1902 gab es zwei Parteien: Parti socialiste française (darunter Jaurès, Pressensé, Millerand, Briand): 37 Mitglieder, die durch Nachwahlen auf 41 stiegen, und Parti soc. de France: 12 Mann, darunter Vaillant, Sembat, Delory. 1905 bildeten die verschiedenen Gruppen mit der Mehrheit der Unabhängigen die einheitliche Partei: Parti socialiste, der die sog. Ministerialisten, die sich als „Unabhängige Sozialisten", offiziell „Sozialistische Republikaner", konstituierten, nicht beitraten. Die Wahl von 1906 brachte die geeinigte Fraktion auf 52, von denen später 4 austraten. Durch Nachwahlen stieg die Zahl dann wieder auf 55. — 1910 wurden 76 gewählt, von denen 6 austraten oder ausgeschlossen wurden. Am Ende der Wahlperiode war die Fraktion 68 Mann stark. Und 1914 stieg die Zahl auf 103.

Badische Politik.

Statt Veteranenbeihilfe Strafzettel für Bittgesuchschreiber.

Wie das „dankbare" Vaterland seine Söhne behandelt, die als Gemeine oder Unteroffiziere die Leiden von Feld-

zügen haben durchkosten müssen, dafür kann man bald täglich empörende Beispiele in den Zeitungen lesen. Anstatt den meist notleidenden Veteranen endlich eine angemessene Unterstützung zuteil werden zu lassen, läßt St. Bürokratius deren Bittgesuche wochen- und monatelang unbeantwortet liegen, oder läßt, wie es kürzlich in Freiburg in einem Falle geschah, nach Wochen durch den Armenratkontrolleur Erhebungen darüber anstellen, ob der Gesuchsteller auch wirklich unterstützungsbedürftig ist.

Nach den Begriffen der Bürokratie liegt offenbar Unterstützungsbedürftigkeit erst dann vor, wenn der Mensch dem Verhungern nahe ist. Empörend ist auch die Behandlung, die vielfach den Veteranen bei den Erhebungen und Untersuchungen zuteil wird. So soll ein Arzt einen 74-jährigen Veteranen gefragt haben, ob er denn gar nichts mehr arbeiten könne, einem anderen Veteranen, der in der Nähe Freiburgs als Taglöhner arbeitet, sei gesagt worden: „Wenn der Verdienst nicht mehr ausreicht, dann gehen Sie in die Volksküche".

Wer sich aber der Veteranen annimmt und ihnen behilflich ist zur Erlangung des „Ehrensoldes", — Bettelsoldes würde es richtiger heißen — der zieht den Zorn der Bürokraten in ganz besonderem Maße auf sich. Man sollte es kaum für möglich halten: ein Freiburger Bittgesuchschreiber, der im Auftrag der Veteranen die Gesuche anfertigte und sich energisch um deren Sache annahm, erhielt nacheinander zwei Strafbefehle in Höhe von je 10 Mark, weil er angeblich die Anfertigung solcher Schriftstücke gewerbsmäßig betreibe. Der also Beehrte hat selbstverständlich gegen die Strafverfügung Einspruch erhoben, und wir zweifeln nicht daran, daß die Strafe aufgehoben werden muß, weil die erhobene Beschuldigung nicht zutrifft. Freilich, der üble Eindruck, den diese Strafverfügungen nicht bloß bei den Veteranen, sondern auch bei jedem wirklichen Vaterlandsfreund hervorrufen müssen, kann durch eine nachträgliche Korrektur nicht beseitigt werden.

Noch eine Zentrumskundgebung eines Bischofs.

Wie der „Tauber- und Frankenbote" berichtet, unternimmt auch der Weihbischof Dr. Justus Knecht zurzeit Firmreisen im Hinterlande. An allen Stationen hält er, wie berichtet wird, 2 Predigten und in Reicholzheim soll er auf eine Anregung des Dekans sich mit aller Entschiedenheit gegen die sogenannten Quertreiber ausgesprochen haben, indem er u. a. hervorhob: „Wer die Konfessionalität im bürgerlichen Leben zu sehr betont, ist kein Freund der katholischen Kirche." Der „Beobachter" liegt ob dieser Firmungspredigt des hochwürdigsten Herrn Weihbischofs glatt auf dem Bauch und belobhudelt dieselbe im unterwürfigsten Schranzenstil. Er meint, das Wort würde weithin freudigen Widerhall finden. In Wirklichkeit reizt jedoch die Kungebung zum Widerspruch heraus. Wer betont denn im bürgerlichen Leben die Konfessionalität mehr, wie gerade die katholische Kirche? Wer stiftet ständig zwischen Braut- und Ehepaaren verschiedener Konfessionen Zerwürfnis und Unfriede? Wer nimmt bei Bestattungen Angehöriger anderer Bekenntnisse den unversöhnlichsten Standpunkt ein, den man sich denken kann? Freilich, seit neuerer Zeit hat das Zentrum die „gemeinsame christliche Weltanschauung" auf sein Panier geschrieben und bei Wahlen tut es so, als ob es keine tolerantere Weltanschauung gäbe, wie die seine. Die ganze Welt weiß, daß das Zentrum damit schwere Heuchelei treibt. Nur zwecks politischer Geschäfte soll ein Freund der katholischen Kirche die Konfessionalität im bürgerlichen Leben nicht „zu sehr" betonen. Sonst will man natürlich die Schule, Vereine überhaupt das ganze bürgerliche Leben konfessionalisieren. Es werden sich auch viele Katholiken ihre Gedanken über diese Zentrumsfirmpredigten machen.

Kein Geld für die Arbeitslosen.

Die Budgetkommission behandelte den sozialdemokratischen Antrag und die Petitionen betr. die Arbeitslosenunterstützung bezw. -Versicherung. Der sozialdemokratische Antrag fordert die Einstellung von 100 000 Mk. zur Unterstützung derjenigen Städte, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Im Bericht über die betr. Sitzung heißt es: „Die Regierung glaubt, daß diese wichtige Frage nur auf reichsgesetzlichem Wege zu regeln sei. Bis auf weiteres müsse es Aufgabe der Kommunen sein, die Arbeitslosenfürsorge in die Hand zu nehmen. Auch gegen die Gewährung von Zuschüssen der Regierung an die Gemeinden für Arbeitslosenunterstützung hat die Regierung grundsätzliche Bedenken. Sie lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab. Die Kommission vereinigt sich auf den Antrag, die Regierung zu ersuchen, in einem Nachtrag 25 000 Mk. anzufordern, woraus denjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, Zuschüsse in Höhe von 50 Prozent der von ihnen gewährten Unterstützung überwiesen werden. Der Vertreter der Regierung erklärt sich auch gegen diesen Antrag."

Die Regierung hat also für alles Geld, auch für die Münchener Gesandtschaft, die sie selbst für „nicht absolut notwendig" erklärte, aber für die Arbeitslosen hat sie nichts. Da marschieren alle die nichtssagenden Ausreden wieder auf, die man nunmehr schon seit Jahren hört; da wird wieder das Schiebespiel gespielt und die Unterstützung auf das Reich und die Kommunen geschoben; da ist von grundsätzlichen Bedenken die Rede, und dies in einem Moment, wo selbst die bayerische Zentrumsregierung, angestachelt vom König, im Landtag und Reichsrat für solche Zuschüsse an die Gemeinden eingetreten ist. Viele Worte und aus allem hört man nur das „Nein", das harte „Nein".

Die Regierung des „liberalen Musterlandes" hat aber nicht nur, wie es unser Antrag verlangt, keine 100 000 Mk. für die Arbeitslosen, sie hat nicht einmal lumpige 25 000 Mark für sie übrig. Nichts, gar nichts, das ist es, was die Regierung den Arbeitslosen zu bieten wagt. Die Arbeiter, alle die, über denen ständig die Gefahr der Arbeitslosigkeit und damit der Brotlosigkeit und des Elends schwebt, werden es ihr nicht vergessen, dessen mag sie gewiß sein!

Die badischen Eisenbahner.

Nach dem Vollzug des den Landständen vorliegenden Staatsvoranschlags wird sich die Gesamtzahl der badischen Eisenbahnbeamten und Arbeiter auf 28 495 Köpfe stellen. Hiervon sind 10 219 (35,9 Proz.) etatmäßige Beamte, 2658 (9,3 Proz.) nichtetatmäßige Beamte und 15 618 (54,8 Proz.) Arbeiter. Baden steht damit an 5. Stelle unter den deutschen Staatsbahnen, nach Preußen-Hessen, Bayern, Sachsen und Elsaß-Lothringen (über 32 000 Köpfe), aber vor Württemberg.

Badischer Landtag.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung ging Staatsrat Roth auf die Frage der Bureauräume in der Generaldirektion ein, während Oberbaurat Herrmann die Beschwerden des Genossen Kolb über die Verschleppung der Verhandlungen beim Karlsruher Rheinhafen dahin beantwortete, daß eine Vernachlässigung Karlsruhes nicht stattfinden würde. In längeren Ausführungen behandelte der Fortschrittler Muser die Anträge seiner Fraktion, um dann entschieden dagegen zu protestieren, daß es das Zentrum bei der letzten Offenburger Landtagswahl den Eisenbahnern zur Pflicht machte, unbedingt einen Eisenbahnbeamten zu wählen. Oberbaurat Tegeler geht auf verschiedene Wünsche ein. Für eine gründliche Verbesserung der Lage der Eisenbahner trat Genosse Kahn ein, um sich bei dieser Gelegenheit scharf gegen die gesundsheitsschädigende Akkordarbeit auszusprechen. Drastisch waren die Fälle, die der sozialdemokratische Redner als Beleg für schlechte Bezahlung anführte, ein Beweis dafür, daß heute die Staatsbetriebe noch keine Musterbetriebe sind. Auf eine Anfrage des konservativen Abg. Schöpfle teilt Finanzminister Dr. Rheinboldt mit, daß ihm nicht bekannt sei, daß Mitglieder der Generaldirektion Aktionäre bei der Albtalbahn seien; allerdings sei der frühere Generaldirektor Eisenlohr nach Zuruhesetzung in den Aufsichtsrat der Albtalbahn eingetreten. Nachdem noch der Zentrumsabg. Köhler in ziemlich erregtem Tone dem Fall Schneider das Verhalten des Stationsvorstandes Singrün bei der Eröffnung des Karlsruher Personenbahnhofs gegenübergestellt hatte, vertagte sich das Haus auf heute.

*

81. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 25. Mai.

Präsident **Rohrhurst** eröffnet die Sitzung um 4,20 Uhr.
Am Regierungstisch: Dr. Rheinboldt und Kommissare.

Eisenbahnbetrieb.

Abg. **Seubert** (Zentr.) stellt eine Aeußerung aus seiner letzten Rede richtig.

Staatsrat **Roth**: Es ist nicht richtig, wie Abg. Seubert meinte, daß nur an den unteren Beamten bei der Staatsvereinfachung gespart wurde. Die Zahl der oberen Beamten reicht heute gerade noch aus, um die notwendigen Dienstleistungen zu verrichten. Da die Räume der Generaldirektion zur Unterbringung der Beamten nicht ausreichten, mußten in der Nähe weitere Bureauräume gemietet werden. Solange bis im Personal ein gewisses Beharrungsvermögen eingetreten ist, sehen wir von einem Neubau ab. Ob in das nächste Budget Mittel hierfür eingestellt werden, läßt sich noch nicht sagen.

Oberregierungsrat **Herrmann**: Wir behandeln alle Plätze nach gleichen Grundsätzen. Die Entwicklung des Karlsruher Rheinhafens liegt uns am Herzen. Wir werden die Wünsche der Stadt Karlsruhe prüfen. Die Wünsche der Stadt Karlsruhe auf bessere Tarife haben wir teilweise erfüllt. Doch war es nutzlos. Denn es ist z. B. bei Saarkohlen gar kein Gebrauch von den tariflichen Ausnahmesätzen gemacht worden. An der Verschleppung der Unterhandlungen mit Karlsruhe hat die Stadt Karlsruhe mit Schuld. Für den Hafen von Karlsruhe hatte der Staat größere Ausgaben als für den Mannheimer Industriehafen; der Staat hat daher auch Anspruch auf größere Gegenleistungen. Die Frage der Tarifierung von Getreide und Mehl wird von neuem der Tarifkommission unterbreitet werden. Den Vorschriften über den Tierschutz bei Verladungen wird von den Dienststellen Beachtung geschenkt. Der Wunsch zur Schaffung von besonderen Wagen für Reisende mit Hunden wird geprüft. Zwecks Reklame für unseren Verkehr werden größere Mittel ausgegeben. Die Generaldirektion hat zur Probe die Aufbewahrung von Fahrrädern in einigen Stationen zugelassen. Die Einrichtung hat sich bewährt; nur ist über die Kosten geklagt worden. Die Anregung, für die Arbeiter Wochenfahrkarten auch an anderen Tagen als zu Beginn der Woche auszugeben, haben wir verfolgt. Wir sind bereit, soweit es notwendig ist, entsprechende Einrichtungen zu schaffen, die Abg. Kurz bereits vor einige Zeit anregte.

Abg. **Muser** (F. Vp.): Das Personal darf nicht überlastet werden, um im Vollbesitz seiner körperlichen und geistigen Kräfte zu sein. Wir wären zufrieden, wenn zunächst auf dem Wege der Verordnung die Dienst- und Ruhezeit geregelt würde; das Ziel muß jedoch die gesetzliche Regelung sein. Eine gesetzliche Regelung der Arbeiterschutzgesetze für die Eisenbahner ist aus den verschiedensten Gründen unbedingt nötig. Deshalb wurde auch die Gewerbeordnung geschaffen. Wenn eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit erfolgt, wird die ungesund lange Arbeitszeit aufhören. Heute kommen manchmal fünf Nachtdienste von 12 Stunden hintereinander vor; dies ist unerhört. Wenn wir keine Strafbestimmungen im Falle der Arbeitsüberschreitungen schaffen, wird es nicht besser. Die Vorgesetzten wären sicher selbst froh, wenn solche Strafbestimmungen kämen. Der Kostenpunkt darf hier keine entscheidende Rolle spielt. Wenn Geld für Dotationen da ist, kann man auch die Staatsdiener richtig bezahlen. Bis eine reichsgesetzliche Regelung kommt, wird es noch lange dauern. Wir müssen daher für uns vorgehen. Ebenso gut wie die Postsätze müßten auch die Eisenbahntarife der Gesetzgebung unterliegen. Es wurden hier bereits verschiedene Versuche gemacht, die bis jetzt nicht zum Ziele führten. Eine Mitbesprechung des Bundesrats zu den Tarifen wurde früher schon angeregt. Die Festsetzung der Eisenbahntarife ist von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung. Deshalb darf die Bestimmung hierüber nicht dem Budgetrecht der Kammer entzogen und der Verwaltung übergeben werden. Diese Frage darf nicht den Verwaltungsorganen überlassen werden. Es ist daher nötig, daß die Kammer hier mitbestimmt, wie es unser Antrag will. Staatsrechtliche Gründe stehen dem Antrag nicht entgegen. Eine bedenkliche Strömung ist es, wenn wie in Offenburg den Eisenbahnern vom Zentrum gesagt wird: Ihr müßt unbedingt einen Eisenbahnbeamten wählen! Gegen dieses System der politischen Prostitution und Korruption müssen wir protestieren. Die Aufenthaltsräume des Dienstpersonals sollen den notwendigen Erfordernissen entsprechen. Der Redner trägt verschiedene Wünsche für das Personal vor. Bei uns ist das Rangierpersonal zum Beispiel schlechter bezahlt als in Frankfurt a. M. Den Klagen über die schlechten Anstellungsverhältnisse der Reserveheizer kann ich mich anschließen. Man geht heute bei der Regierung von der Ansicht aus, daß die

---

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

24 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Nationalgarden zerrten einen Mann von entschlossener Miene zum Bezirkshause. Sein Anzug war zerissen, Blutfäden rannen über sein bleiches Gesicht. Man hatte ihn bei den Worten ertappt, daß Marat sein Schicksal verdient hätte, da er immerfort zu Mord und Plünderung aufgereizt hätte. Nur mit großer Mühe hatten ihn die Gardisten der Volkswut entrissen. Man wies mit dem Finger auf ihn, als sei er ein Mitschuldiger der Mörderin, und wo er vorbeikam, wurden Todesdrohungen laut.

Gamelin stand niedergeschmettert. Ein paar kleine Tränen versiegten in seinen Augen. In seinen persönlichen Schmerz mischten sich patriotische Sorgen und das Mitleid des Volkskindes, sein ganzes Wesen aufwühlend.

Er dachte:

„Erst Le Peltier, dann Bourdon, und nun Marat! . . . Ich erkenne das Schicksal der Patrioten; auf dem Marsfeld, in Nancy, überall werden sie ermordet". Und er dachte an den Verräter Wimpfen, der erst kürzlich an der Spitze einer Horde von sechzigtausend Royalisten auf Paris marschiert war. Wären ihm in Vernon die braven Patrioten nicht entgegengetreten, so hätte er die geächtete Stadt der Helden mit Feuer und Schwert verwüstet.

Und wie viele Gefahren drohten noch, wie viele verbrecherische Anschläge und Verrätereien, die allein Marats Wachsamkeit und Weisheit durchschauen und vereiteln konnte! Wer würde nun Gustine anklagen, der müßig im Feldlager stand und Valenciennes nicht entsetzen wollte, oder Biron, der in der unteren Venedee tatlos zusah, wie Saumur genommen und Nantes belagert wurde, oder Dillon, der in den Argonnen das Vaterland verriet? . . .

Inzwischen erscholl ringsum immer lauter der schicksalsvolle Ruf:

„Marat ist tot! Die Aristokraten haben ihn ermordet!"

Das Herz von Schmerz, Haß und Liebe geschwellt, machte er sich auf, um dem Märtyrer der Freiheit die letzte Ehre zu erweisen, als eine alte Bäuerin in einer Limousinhaube auf ihn zutrat und ihn fragte, ob der ermordete Herr Marat etwa der Herr Pfarrer Mara aus Saint-Pierre-de Queyroix wäre?

Achtes Kapitel.

Am Vorabend des Festes, einem stillen und klaren Abend, ging Elodie an Evarists Arm über den Föderationsplatz. Arbeiter legten hastig die letzte Hand an Säulen, Statuen, Tempel, einen Berg und einen Altar. Riesige Symbole, ein volkstümlicher Herkules, der seine Keule schwang, die Natur, welche die Welt an ihren unerschöpflichen Brüsten säugte, erhoben sich der Teuerung und dem Schrecken zum Trotze, plötzlich inmitten der Hauptstadt, die beständig erwartete, auf der Straße nach Meaux den Geschützdonner der Oesterreicher zu hören. Die Aufständischen in der Venedee hatten ihre Schlappe vor Nantes durch kühne Siege wettgemacht. Ein Ring von Eisen, Flammen und Haß umschloß die revolutionäre Hauptstadt. Und doch empfing sie prunkvoll, wie die Herrscherin eines gewaltigen Reiches, die Deputierten, welche die Konstitution angenommen hatten. Die Föderalisten waren zerschmettert; die einige, unteilbare Republik blieb Siegerin über alle Feinde.

„Hier", sagte Evarist, mit dem Arm über den weiten, volksreichen Platz weisend, „hier ließ der verruchte Bailly am 17. Juli 91 am Altar des Vaterlandes auf das Volk schießen. Der Grenadier Passavant, eine Zeuge dieses Blutbades, ging nach Hause, zerriß seinen Rock und rief: „Ich schwor, mit der Freiheit zu sterben. Sie ist nicht mehr: ich sterbe". Und er erschoß sich".

Inzwischen schauten die Künstler und friedlichen Bürger sich die Festvorbereitungen an; doch die Lebenslust, die sich auf ihren Gesichtern malte, war so trübe wie ihr Dasein. Die größten Ereignisse schrumpften in ihrem engen Geiste zusammen und wurden so dürftig wie sie. Jedes Elternpaar trug im Arme Kinder, führte sie an der Hand oder ließ sie vor sich herlaufen, und diese Kinder waren nicht schöner als sie und hatten keine größere Aussicht auf Glück. Auch deren Kinder würden einst so wenig Freude und Schönheit ererben wie sie. Hier und dort kam ein schönes, großgewachsenes Mädchen vorbei; die jungen Leute blickten sehnsüchtig hinterdrein, und die Greise dachten wehmutsvoll an das schöne Leben zurück.

Vor der Militärschule zeigte Evarist seiner Freundin ägyptische Statuen, die David nach römischen Vorbildern aus der ersten Kaiserzeit entworfen hatte. Ein alter gepuderter Pariser rief: „Man glaubt am Nil zu sein!"

In den drei letzten Tagen, wo Elodie ihren Freund nicht gesehen, hatten sich im „Amor als Maler" große Dinge zugetragen. Der Bürger Blaise war beim allgemeinen Sicherheitsausschuß wegen Unterschleifs in den Armeelieferungen angezeigt worden. Zum Glück war der Kunsthändler in seinem Bezirk wohlbekannt; der Ueberwachungsausschuß des Pikenbezirks hatte beim allgemeinen Sicherheitsausschuß für seine Gesinnung gebürgt und völlig gerechtfertigt.

Elodie erzählte dieses Geschehnis erregt; dann setzte sie hinzu:

„Jetzt sind wir beruhigt, aber das war ein schlimmer Schreckschuß! Mein Vater wäre beinah ins Gefängnis gekommen. Hätte die Gefahr nur ein paar Stunden länger gewährt, Evarist, so wäre ich zu Ihnen gekommen und hätte Sie um Fürsprache für meinen Vater bei Ihren einflußreichen Freunden gebeten".

Evarist gab keine Antwort. Elodie ermaß die Tiefe dieses Stillschweigens nicht.

Sie gingen Hand in Hand längs der Seineufer und gestanden sich ihre Zärtlichkeit in der Sprache von Julie und Saint—Preux: Rousseaus „Neue Heloise" lieferte ihnen den Ausdruck und den Schmuck ihrer Liebe.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 26. Mai. C. 63. „Flachsmann als Erzieher", Komödie in 3 Akten von Otto Ernst. Anfang ½8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Gewerbeordnung für keinerlei Kategorien der Eisenbahnarbeiter gilt. Damit wird auch das freie Koalitionsrecht in das Belieben der Verwaltung gestellt. Sonach fehlt jede gesetzliche Festlegung des Koalitionsrechtes. Dies kann gefährlich werden, wenn einmal eine weniger wohlwollende Regierung kommt. Die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts ist daher notwendig.

Oberbaurat **Tegeler** berichtigt die Mitteilung des Abg. Kolb, daß die Generaldirektion für ein altes Gleis von der Stadt Karlsruhe einen zu hohen Preis verlangt habe. Das Gleis war noch sehr gut und brauchbar. Unser Preis war daher nicht zu hoch. Zu der Behauptung des Abg. Seubert, daß beim Rangierbahnhof in Basel größere Summen nutzlos ausgegeben wurden, möchte ich bemerken, daß sich die Sache anders verhält. Das Provisorium hatte seine Zwecke erfüllt und war nötig. Die Verwendung der Frauen im Schrankendienst wird vom Verein für deutsche und österreichische Beamte empfohlen, im Gegensatz zu dem Abg. Seubert. Wir haben daher seit zehn Jahren dieses System gepflegt.

Abg. **Kahn** (Soz.):

Im Laufe der Debatte wurde auf die Verbesserung der Lage der Eisenbahnarbeiter hingewiesen. Ich kann dies nicht in dieser bestimmten Form sagen. Als vor zwei Jahren

die Löhne

um 10 Pf. erhöht wurden, wurden dafür die Stellenzulagen gekürzt. Es kam daher für die Arbeiter wenig heraus. Die Löhne sind daher seit 1907 fast gleich geblieben, während die Lebensmittelpreise beträchtlich stiegen. Keiner einzigen Ortsgruppe ist der Lohn so viel erhöht worden als die Preissteigerung der Lebensmittel zunahm. Die Regierung erklärt, daß die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich sei. Die Arbeiter verkaufen ihre Arbeitskraft. Sie haben daher auch ein Recht, bei ihren

Arbeitsbedingungen

mitzureden. Die Tarife haben sich bewährt. Durch die Tarife komme man auch zu einem einheitlichen Lohnsystem. Es ist nicht richtig, daß durch die Tarife eine Streikgefahr entsteht. Denn die in Frage kommenden Verbände haben auf das Streikrecht verzichtet. Eine der wichtigsten Forderungen ist

die Beseitigung des Akkordsystems.

Die Arbeiterschaft ist ganz und gar nicht so vom Akkordsystem erbaut, als die Regierung vor zwei Jahren behauptete. Die Arbeiter wollen nichts vom Akkordsystem wissen und leiden schwer darunter. Das Akkordsystem hat körperliche, geistige und sittliche Schäden im Gefolge. Aus dem Akkordsystem entstehen oft Differenzen unter den Arbeitern. Ueber die Festsetzung der Akkordpreise werden Klagen vorgebracht, besonders von der Lackierabteilung. Durch das Akkordsystem entstehen große Verwaltungsausgaben für die Kontrolle. Diese würden mit dem Akkordsystem wegfallen. Der Statistik zufolge ruft das Akkordsystem große gesundheitliche Schäden hervor, wie aus der Betriebskrankenkasse hervorgeht. Die Beseitigung des Akkordsystems ist daher nötig. Es ist mir ein Fall bekannt, wo ein Eisenbahnarbeiter einige Jahre lang warten mußte, bis er von der Betriebskrankenkasse das Geld für eine Hypothek erhielt. Hier sollte man den Arbeitern im Interesse des Wohnungswesens entgegenkommen. Bei den Bahnmeistereien entstehen oft Ungleichheiten bei den verschiedenen Lohnklassen, wie Fälle in Plankstadt und Karlsruhe beweisen. Es sollte eine Gleichheit der Löhne mit den Werkstattarbeitern hergestellt werden.

Bei Krankheitsfällen

sollte der Lohn weitergezahlt werden. Gleiches trifft bei militärischen Uebungen zu. Die Leute haben beim Militär auch Ausgaben. Ein Stat, der so begistert vom Militarismus ist, sete hier nicht sparen. Einer Verbesserung der

Dienst- und Ruhezeitverhältnisse

stimmen wir zu. Wir wollen eine gesetzliche Regelung. Die Weichenwärter sind oft 12 Stunden im Dienst, ohne zum Mittagessen zu kommen. Man muß sich wundern, daß da nicht öfter ein Unglück passiert. Hier ist die achtstündige Arbeitszeit nötig und in andern Fällen der Dreischichtenwechsel. Die Ruhepause des Personals muß auch so geregelt werden, daß eine entsprechende regelmäßige Ruhezeit kommt. Auch in den Ferien sind Verbesserungen nötig. Der Grundlohn sollte bereits früher eintreten, wie dies auch in der Privatindustrie der Fall ist. Es kommen oft verschiedene Zulagen bei gleichen Arbeiten vor. In einem Vortrag der Betriebsinspektion Konstanz wurde einem Schlosser bei 12stündiger Arbeitszeit 2,80 Mk. zugesichert. (Hört, hört!) Dies ist ein Hungerlohn. In einem anderen Fall mußte ein Mann aus seiner Rente wieder zurückzahlen. Es ist eine große Härte, von einem Manne zu verlangen, daß er seine Rente zurückzahlen muß. Auch bei den

Strafen

sollte mehr Nachsicht walten. Denn hierdurch werden Frauen und Kinder getroffen. Aus meinem Wahlkreis wird geklagt, daß Züge nach Oppenheim zu wenig Wagen enthalten. Die Einrichtung der Einstellung von Fahrrädern wird begrüßt; jedoch die Preise sind zu hoch. Hier sollte die Regierung die Preise reduzieren. Arbeiter in der Gegend von Singen baten mich auch, in dieser Hinsicht Wünsche zu äußern und die Einrichtung zu verlangen. Die Großh. Regierung möchte ich fragen, wie sie sich dazu verhält, daß bei der letzten

Landtagswahl in Offenburg

in den Bureaus der Betriebsinspektion politische Wahlpropaganda getrieben wurde. Den Eisenbahnarbeitern wurde allgemeines Lob ausgesprochen. Ich schließe mich dem an. Danken kann man jedoch hier nur dadurch, daß man die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben macht. (Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. **Schöpfle** (Kons.) empfiehlt Schutzhütten auf den Eisenbahnwagen. Bei der Errichtung des Albtalbahnhofs in Karlsruhe sollte die Generaldirektion ihren Einfluß geltend machen. Ich bitte um Aufschluß darüber, ob es richtig ist, daß Mitglieder der Generaldirektion Aktionäre der Albtalbahn sind. Die Regierung sollte keine Genehmigung mehr für Privatbahnen geben.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt**: Der Abg. Schöpfle hat viel an der Albtalbahn zu bemängeln und glaubt dies darauf zurückführen zu können, daß er meint, Mitglieder der Generaldirektion seien Aktionäre der Albtalbahn. Es ist mir nur bekannt, daß der frühere verstorbene Generaldirektor Eisenlohr nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst in den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft gewählt wurde. Ob auf Grund seiner Fähigkeiten auf dem Eisenbahnwesen, oder deshalb, weil er vielleicht Aktionär war, weiß ich nicht. Ob ein derzeitiges Mitglied Aktionär der Albtalbahn ist, weiß ich nicht. Ich bin nicht befugt, dies nachzuprüfen. Der Beamte hat das Recht, sein Geld anzulegen wie er will. Im übrigen glaube ich nicht, daß ein Mitglied Aktionär ist. Wenn es jedoch der Fall wäre, würde dies das Verhalten des zuverlässigen Beamtenapparates nicht ändern.

Oberbaurat **Dörnwächter** geht auf Einteilung der Stationsämter ein. Die Generaldirektion geht hier nicht schematisch vor. Die Neuordnung hat sich nach Mitteilung der Betriebsinspektion bewährt.

Oberbetriebsinspektor Dr. **Roser**: Bei der vom Abg. Seubert erwähnten Zurücksetzung eines Bahnsteigschaffners war die Generaldirektion im Recht. Der Mann hatte 12 Ordnungsstrafen hinter sich. Wenn der Mann sich jetzt gut führt, kann er wieder gemäß seiner Dienstzeit eingestellt werden. Statistiken über die Dienstschichten werden heute schon gemacht. Wir haben das größte Interesse daran, daß die Dienstzeit nicht überschritten wird. Wir haben die Frage geprüft und wollen dannnach den Listen die Frage der Dienstzeit behandeln.

Präsident **Rohrhurst** teilt mit, daß nunmehr zwei Reihen von Rednern aller Parteien zu Wort kamen und daß nach Beschluß des Ausschusses der Vertrauensmänner jetzt beschränkte Redezeit eintrete. Es sind noch 29 Redner vorgemerkt. Ich möchte die Beratung dieses Budgets bis Donnerstag zu Ende führen, auf alle Fälle aber bis Samstag und bitte hierzu um Unterstützung aller Parteien.

Abg. **Köhler** (Zentr.) geht auf die Frage der Unterstützung von Beamten ein. Man sollte auch den unteren Beamten Freikarten gewähren. Es sind nur Ausnahmen, wenn Beamte der Generaldirektion um 9 Uhr beginnen. Bezüglich der Eröffnung des Karlsruher Bahnhofes möchte ich darauf hinweisen, daß die Hauptursache der Störung die durchaus verfehlte Telephonanlage in den großen Sellwerken war. Daraus mußten Störungen entstehen. Viele Leute haben sich mißbilligend über die Anlage ausgesprochen. Der Fall hat auch in persönlicher Hinsicht Aufsehen erregt. Der Minister hat erklärt, daß sich der Betriebsinspektor Schneider selbst bezichtigte. In den Ausführungen des Ministers liegt jedoch, daß die Passivität Schneiders nur gering war. Woher kam der Unmut Schneiders. Hier spricht das Verhältnis mit dem Stationsvorstand hinein. Es ist bekannt, daß die beiden Beamten nur schriftlich miteinander verkehrten. Außerdem soll der Stationsvorstand die Betriebsinspektion öfters ausgeschaltet haben. Wenn dies zutrifft, so wären dies schlimme Verhältnisse. Es sind viele Klagen über den Stationsvorsteher Singrün vorgebracht worden. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß der Stationsvorstand bei den Kollegien Schutz fände. Man hat allgemein den Eindruck, daß dieser Beamte zur Beseitigung der Zustände wenig beitrug. Es ist kein erfreuliches Bild, das sich uns da darbietet. Man darf nur hoffen, daß hier Aufklärung erfolgt. Es ist bedauerlich, daß ein tüchtiger Beamter wie Schneider auf diese Weise so geschädigt wird. Die Bestrafung des Betriebsinspektors scheint mir nicht am Platze gewesen zu sein. Durch diese Angelegenheit wird das Autoritätsprinzip verletzt, weshalb die Sache weiter verfolgt werden muß.

Abg. **Odenwald** (F. Vp.): Auf dem Pforzheimer Bahnhof ist eine Verminderung des Personals eingetreten, trotzdem sich der Verkehr vermehrte. Auch über die Unterkunftsräume im Pforzheimer Bahnhof liegen Klagen vor. Die Beleuchtung der Telephonzellen auf dem Karlsruher Bahnhof lassen zu wünschen übrig.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnbetrieb.

Schluß der Sitzung ½8 Uhr.

Aus der Petitionskommission der Ersten Kammer.

Die Petitionskommission der Ersten Kammer beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Petition des Verbandes der badischen Grund- und Hausbesitzervereine betr. die Liegenschaftsbesteuerung in den Gemeinden. Der von dem Oberbürgermeister Hermann-Offenburg erstattete Bericht liegt im Druck vor. Der Verband der badischen Grund- und Hausbesitzervereine ist an die Kammer mit der Bitte herangetreten, sie möge dazu beitragen, daß „die Besteuerung der Liegenschaften für die Gemeinden in der Weise geändert werde, daß von den Liegenschaften erhoben wird: a) eine Liegenschaftssteuer in der Höhe der Hälfte der allgemeinen Umlage, höchstens jedoch 16 Pf. für 100 Mk. Steuerwert, b) von dem in den Liegenschaften angelegten eigenen Vermögen der Besitzer der allgemeinen Umlagesatz." Schon in der letzten Session hatten sich beide Kammern mit dieser Petition zu befassen und sie beschlossen damals Uebergang zur Tagesordnung. Auch diesmal stand die Petitionskommission der Ersten Kammer dem Wunsche der badischen Grund- und Hausbesitzer ablehnend gegenüber. Sie stellt den Antrag, die erste Kammer wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen.

Kommunalpolitik.

Erster badischer Gemeindebeamtentag.

Letzten Sonntag fand im großen Saale der städtischen Festhalle in Karlsruhe der erste Gemeindebeamtentag statt. Die Teilnehmer, es waren deren etwa 2000, setzten sich aus allen Teilen des badischen Landes zusammen und waren alle Gemeindebeamten-Kategorien, vom Oberbürgermeister bis zum Gemeindediener, vertreten. Die Regierung ließ durch den Ministerialrat Kamm ihre Aufwartung machen, die verschiedenen Fraktionen des Landtags schickten Delegationen (von der sozialdemokratischen Fraktion waren die Genossen Dr. Frank, Weber und Bechtold anwesend), die Städte der Städteordnung vertrat Oberbürgermeister Siegrist-Karlsruhe, nebenbei fanden sich auch noch einige Vertreter von Beamtenorganisationen ein. Zweck der Veranstaltung war, den badischen Regierung die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Gemeindebeamten in Stadt und Land vor Augen zu führen. Das mag bis zu einem gewissen Grade gelungen sein, denn es ist kaum anzunehmen, daß dieselbe an dieser Massenkundgebung der Beamten, welche dem Staatswesen unentbehrlich sind, achtlos vorübergehen wird. Jedoch dürfte Herr Abg. Muser aus Erfahrung gesprochen haben, wenn er den Demonstrierenden Geduld empfahl. Eine derartige einschneidende Frage, wie die hier in Betracht kommende, kann auch unmöglich im Handumdrehen erledigt werden, denn eine gesetzliche Regelung der Anstellungs-, Dienst- und Lohnverhältnisse, ohne Beschneidung des — Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden, ist kaum denkbar. Herr Muser, welcher den Gedanken aussprach, es möge die Besserstellung der Bürgermeister usw. auf dem Lande dazu führen, daß nur geeignete Männer an diese Posten kommen, hofft wohl vorläufig vergebens; der Umstand, daß die Bezirksämter infolge vielfacher Unfähigkeit der gewählten Bürgermeister die betreffenden Gemeinden in Wirklichkeit verwalten müssen, läßt sich durch Gesetz und höheren Gehalt nicht aus der Welt schaffen. Das Grundübel liegt hier an der ungenügenden Schulbildung u. a. Es sind auch nicht nur die Bezirksämter, welche notgedrungen solche Gemeinden regieren, sondern vielfach auch Pfarrheren, welche die Amtsführung ihrer bürgermeisterlichen Schäfchen „zweckmäßig" leiten. Das dürfte selbst dann nicht besser werden, wenn der Wunsch, den der nationalliberale Abg. Neck im Landtag äußerte, in den Fortbildungsschulen den obligatorischen Religionsunterricht einzuführen, verwirklicht würde. Das eine steht wohl bei allen Parteien fest, daß der derzeitige Zustand änderungsbedürftig ist, nur die Lösung der Frage, in welcher Form das geschehen kann, ist schwer, weil eben diese Lösung unter allen Umständen eine finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden nach sich ziehen wird.

Nun zur Versammlung selbst. Herr Bürgermeister Weiß (Eberbach), als Vorsitzender des Verbandes der mittleren Städte, eröffnete dieselbe und betonte in seiner Ansprache, daß die Gemeindeautonomie nicht verletzt werden dürfe, allerdings sei dieselbe nicht schrankenlos. Den Schluß seiner Rede bildete das servile Großherzogshoch, wofür eigentlich kein Grund vorlag. Denn es ist noch nichts geschehen im Sinne des Versammlungszweckes, erst wenn etwas geschehen wäre, läge schließlich ein Grund vor, den Veranlasser des Guten hochleben zu lassen, ohne daß solches notwendig wäre, denn in diesem Falle würde nur geschehen sein, was schon lange notwendig und am Platze ist. Wie weit man mit dieser Servilität kommt, zeigte am Schlusse der Versammlung der Vorsitzende des Ratschreiberverbandes mit erschrecklicher Deutlichkeit. Dieser Herr dankte allen, bei der Regierung angefangen bis zum gewöhnlichen „Anwesenden" und ließ sie zum Ausdruck der Hochachtung von ihren Sitzen erheben, sodaß das einwandsfreie Resultat war: „Jeder hatte sich selber gedankt für seine Anwesenheit!"

Herr Ministerialrat Kamm als Regierungsvertreter anerkannte, daß die Organisationen der Gemeindebeamten noch niemals die persönlichen Interessen vor diejenigen der Gesamtheit gestellt haben; der engere Gesamtverband möge die gleiche Stellung wahrnehmen. Die Regierung betrachte die Gemeindeverfassung nicht als starre und unabänderliche. Die Gemeindegesetzgebung der letzten Jahre bedeute nur Marksteine der Entwicklung. Das Problem des Eingreifens des Staates in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden sei jedoch ein sehr schwieriges.

Oberbürgermeister Siegrist (Karlsruhe) übermittelt auch die Sympathie der oberbürgermeisterlichen Kollegen. Das Bestreben, welches sich heute kund gibt, sei nicht allein von Bedeutung für die Gemeindebeamten, sondern vielmehr auch für die Gemeinden selbst. Der Staat ist nicht dazu befugt, in die ureigenen Angelegenheiten der Gemeinden einzugreifen; man möge aber davor auch nicht zurückschrecken, nur dürfe der Selbstverwaltung kein Abbruch getan werden. — Herr Landtagsabg. Wiedemann als erster Referent führt aus, daß die Regierung, wie auch die Erste und Zweite Kammer, sich darin einig sind, daß die wirtschaftliche Lage der Gemeindebeamten gehoben werden muß; über die große Bedeutung der Wirksamkeit dieser Beamten sei niemand im Zweifel, nur kenne man noch keinen Weg, das gesteckte Ziel zu erreichen. Die Beamtenorganisationen selbst sollten Vorschläge machen. Die Regierung sei bereits daran, die Bestimmungen des Beamtenfürsorgegesetzes zu revidieren; sie seien auch völlig unzulänglich. Anstelle der Fünf-Gruppeneinteilung, unter welche zurzeit die Gemeindebeamten gesetzlich fallen, solle man ein einheitliches Gesetz schaffen, welches alle ergreift. Für den Mehraufwand, den die Neuregelung der Bezüge erfordere, möge man auch den Staat beiziehen, denn sehr viel Arbeiten, welche ihrer Natur nach dem Staate zufallen, müssen von den Gemeindebeamten erledigt werden. Die Regelung der Besoldung und Versorgung in den Städten der Städteordnung könne befriedigen, sonst aber seien diese Punkte sehr verbesserungsbedürftig. In Bayern lege zurzeit die Regierung einen mustergültigen Gesetzentwurf vor. Der Unterschied zwischen Gemeindebediensteten und Gemeindebeamten soll fallen und die Anstellung nach einer bestimmten Zahl von Jahren als lebenslänglich geschaffen werden. Die Beamtenausschüsse sollen als offizielle Vertretungen anerkannt werden.

In gleichem Sinne spricht auch der zweite Referent, Herr Landtagsabg. Bitter, welcher speziell die Landgemeinden zu vertreten hat. Er bemängelte, daß ein Landbürgermeister sich vielfach nach Annahme der Wahl finanziell schlechter stellt wie vorher, ja, daß er weniger Gehalt bekommt, wie für ein Knecht ausgeworfen werden muß. Er verlangt gesetzlich geregelte Mindestgehalte, Schaffung eines Landesschiedsgerichts für Streitfälle, gesetzliche Regelung der Anstellungsverhältnisse. Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Die Finanzwirtschaft der Fürsorgekasse müsse revidiert werden, denn der Zustand, daß nur die Zinserträgnisse zur Unterstützung verwendet werden, sei unhaltbar. Die Einführung der Zwangsmitgliedschaft sei unumgänglich. Die Selbstverwaltung der Gemeinden habe vielfach versagt.

Nun folgten in buntem Reigen die Redner der eingeladenen Landtagsfraktionen; als erster Abg. Muser, welcher die Notwendigkeit einer Besserstellung der Gemeindebeamten anerkannte. Man solle hier die Nächstenliebe weniger im Munde führen, als in der Tat ausüben. Zu einer vollen Selbstverwaltung der Gemeinden komme man nur, wenn auch das notwendige befähigte Beamtenmaterial gefunden werden kann. Das passive Wahlrecht muß nach § 7 der badischen Verfassung auch den Gemeindebeamten gewährt werden. Redner empfiehlt Fernhaltung der Parteipolitik, Maßhalten in den Forderungen, feste Organisation, Erwerbung von Sympathie außerhalb der Beamtenkreise und — Geduld.

Herr Abg. Rebmann wünscht eine billigen und gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Gemeinden und den Gemeindebeamten und findet das Bestreben der Organisationen als zu Recht bestehend, dem der Sieg noch zufallen müsse.

Herr Abg. Seubert will den Rat eines seiner Parteifreunde befolgen. Er sagt demzufolge hier nichts und will dafür im Landtag sprechen.

Herr Abg. Dr. **Frank** fühlt sich in eine „erweiterte Landtagssitzung" versetzt. Seine achtenswerten Kollegen kämen alle der Reihe nach und erzählen euch, was euch fehlt. Das ist nichts neues. Neu ist nur diese imposante Kundgebung, der feste Wille, den die große Zahl der Anwesenden demonstriert; das muß Eindruck machen. Die Blüte der Gemeinden ist eng verknüpft mit der Fürsorge deren Beamten, es wäre aber unverantwortlich, wenn ein Abgeordneter dieses oder jenes versprechen wollte, darauf dürfen sich die Beamten aber wohl verlassen, daß ihre Wünsche mit dem größten Wohlwollen geprüft werden und erstrebt wird zu erreichen, was möglich ist. Das stehe fest: **Die Selbstverwaltung der Gemeinden darf nicht aufrecht erhalten werden auf Kosten der Gemeindebeamten, aber die Verbesserung der Lage der Gemeindebeamten darf auch nicht auf Kosten der Selbstverwaltung vor sich gehen.** Und weiter (mit Hinweis auf die Ausführungen des Abg. Wiedemann bezüglich des bayerischen Gesetzentwurfs) darf die Fürsorge der Gemeindebeamten nicht auf Kosten der Staatsbürgerfreiheit geschehen. Früher haben die Reisenden unsere Kirchen und Dome besichtigt und gerühmt, in neuer Zeit besichtigen sie unsere großen Rathäuser und deren Einrichtungen und finden in der ganzen Welt nichts Besseres. Darauf wollen wir stolz sein.

Damit war die Versammlung an ihrem Schlusse angelangt. Es wurde eine Resolution, welche gesetzliche Regelung der Anstellungs- und Dienstverhältnisse, Bezahlung und Fürsorge der Gemeindebeamten und das passive Wahlrecht verlangt, ohne Widerspruch angenommen.

*** Die sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung der holländischen Hafenstadt Zaandam und ihr sozialdem. Bürgermeister** machen den bürgerlichen Politikern viel Kopfzerbrechen. Jetzt hat das bürgerliche Parlamentsmitglied Brummelkampf interpelliert, weil am Geburtstag der Prinzessin die Gemeindegebäude nicht mit der Nationalflagge versehen, am nächstfolgenden Tage aber, am 1. Mai, die Gemeindebureaus geschlossen waren und für das nächste Jahr den Schulkindern dieser Tag als ein Ferientag zugesagt ist. Die bürgerliche Presse hatte hierüber schon hinlänglich Zeter und Mordio geschrieen. — Auch gegenüber Unternehmern ist unser Parteigenosse Terlaan in eine scharfe Preßfehde verwickelt. Es herrscht schon seit 6 Wochen ein Streik im Zaandamer Holzhafen und die Unternehmer beschuldigen jetzt den Bürgermeister, daß er absichtlich die Streikbrecher (nur wenige sind vorhanden) nicht gegen die Streikenden beschützt. Der Bürgermeister aber hat in einer Gemeindevertreterversammlung ausführlich dargetan, daß die musterhafte Haltung der Streikenden jede Störung der öffentlichen Ordnung ausschließt und es nur die Streikbrecher sind, die sich Uebergriffe zuschulden kommen lassen. Die bürgerliche Presse wütet und verleumdet fortgesetzt, doch ohne Erfolg.

Genossenschaftsbewegung.

Tagung des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine.

* **Triberg**, 22. Mai. Im freundlichen Schwarzwaldstädtchen Triberg begann am 21. Mai die Tagung des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine, dessen Gebiet die Großherzogtümer Baden und Hessen, das Reichsland Elsaß-Lothringen und Hessen-Nassau umfaßt. Leider gehören zahlreiche Konsumvereine des Bezirks, darunter auch größere Gebilde, dem Verband noch nicht an. Der vorliegende Bericht über das Geschäftsjahr 1913 umfaßt also nicht einmal die gesamte genossenschaftliche Entwicklung der oben genannten Landesteile. Wenn trotzdem über recht beachtenswerte Fortschritte berichtet werden kann, dann kann daraus wohl geschlossen werden, daß der genossenschaftliche Gedanke auf der ganzen Linie marschiert. Der Bericht stellt zunächst eine recht erhebliche Mitgliederzunahme fest, die den Bestand der angeschlossenen Vereine von 91 000 im Jahre 1910 auf rund 148 000 Mitglieder im Berichtsjahre gehoben hat. Darunter sind über 18 000 selbständige Gewerbetreibende, Landwirte und Beamte, denen noch über 9000 Personen ohne bestimmten Beruf zugezählt werden müssen, die zusammen ein Fünftel der Gesamtmitgliedschaft darstellen. Eine ebenso bedeutende Steigerung hat der Warenumsatz erfahren, der in der gleichen Zeit von 27 Millionen Mark auf 45 Millionen Mark stieg. Dabei berichten 11 zum Teil größere Vereine über ein verkürztes Geschäftsjahr, es wären sonst wohl noch an 8 Millionen Mark mehr herausgekommen. Der Bericht läßt auch einen starken Zug zur Zentralisation erkennen. Zahlreiche Vereine haben sich mit größeren Nachbarvereinen zu großen Bezirkskonsumvereinen zusammengeschlossen. Während nämlich die Zahl der Vereine innerhalb der letzten drei Jahre von 118 auf 110 zurückging, wurden die Warenabgabestellen von 321 auf 470, im letzten Jahre allein um 60 vermehrt. Hand in Hand mit der Zentralisierung der Kräfte ging die Zunahme der Eigenproduktion, deren Wert im Berichtsjahre um ¾ Millionen Mark auf 6,6 Millionen Mark gestiegen ist. Unbefriedigt ist die Verbandsleitung von dem Umsatz pro Mitglied, der sich durchschnittlich auf jährlich 250 Mk. im eigenen und 58 Mk. im Lieferantengeschäft beläuft. Neben Vereinen mit weit über 600 Mk. bestehen allerdings auch noch solche mit weit unter 200 Mk. Umsatz pro Mitglied. An Rückvergütung wurde im Berichtsjahre den Mitgliedern die stattliche Summe von 2 676 000 Mk. zugewiesen. Rund 72 000 Mk. sind für gemeinnützige Zwecke gestiftet und 86 000 Mk. wurden dem Hausbau- und sonstigen Fonds zugeschrieben. Auf neue Rechnung sind 17 000 Mk. vorgetragen und zur Stärkung der Reservefonds wurden 165 000 Mk. benutzt. Daneben haben die Vereine in steigendem Maße für stille Reserven gesorgt, indem weit über das normale Maß hinaus Abschreibungen an Inventar und Warenvorräten vorgenommen wurden. Im allgemeinen ist also der finanzielle Stand der Verbandsvereine günstig zu nennen, was schon in der hypothekarischen Belastung der Grundstücke zum Ausdruck kommt, die nur 38 Prozent des Buchwertes ausmacht, wobei zu berücksichtigen ist, daß der wirkliche, den Buchwert oft weit übersteigt. Alles in allem ein Bild gesunder Entwicklung, das allerdings auch eine kleine Trübung durch die Vorgewirtschaft in einzelnen Vereinen erfährt. Leider sind noch Fälle zu verzeichnen, in denen die Außenstände bei Mitgliedern höher als das gesamte Geschäftsguthaben war. Solche Vereine werden dann über kurz oder lang Schmerzenskinder der Genossenschaftsbewegung. Zuletzt wird noch berichtet, daß die Aufwendungen für Steuern eine sehr bedeutende Steigerung und zwar um 62 900 Mk., gleich 52 Prozent erfahren haben. Im verflossenen Jahre wurden durchschnittlich 390 Mk. Steuern auf jede Warenabgabestelle entrichtet. Nicht mit Unrecht wird daran die Bemerkung geknüpft, daß die angebliche Steuerfreiheit der Konsumvereine doch ein etwas eigentümliches Gesicht habe und daß man doch einmal untersuchen solle, ob alle jene, die für weitergehende Besteuerung der Konsumvereine schwärmen, etwa für einen Laden mehr Steuern entrichten. Der Bericht ist ein lebendiges Zeichen genossenschaftlicher Rührigkeit, und die Tagesordnung des Verbandstages bürgt dafür, daß weitere erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens geleistet wird.

•

k. **Triberg**, 21. Mai.

Der Verbandstag ist sehr stark beschickt. Es sind 63 Vereine mit 159 Teilnehmern vertreten. Der Verbandsvorsitzende begrüßt unter den eingeladenen Gästen den großh. Bezirksamtmann Dr. Cadenbach und Bürgermeister de Pellegrini (Triberg), die ihrerseits den Verhandlungen besten Erfolg wünschen. Ueber Grundsätze für Einführung eines festen Rabatts spricht Herr Bäßlein vom Zentralverband deutscher Konsumvereine. Der Redner warnt davor, generell im Statut einen festen Rabatt den Mitgliedern zu garantieren, den man in kritischen Zeiten dann nicht durchhalten könne und wie es hier und da geschah, aus den Reserven entnehmen mußte; dadurch werde die Weiterentwicklung der Vereine geradezu in Frage gestellt. Aus diesem Grunde habe sich der Zentralverband genötigt gesehen, Grundsätze für Gewährung eines festen Rabatts vorzuschlagen. Auf keinen Fall dürfe jeder Verein ohne weiteres einen festen Rabatt einführen. Genügend hohe Geschäftsanteile, hohe Reserven und ausreichende Geschäftserfahrungen müßten Vorbedingung sein. Zuletzt solle man nicht über 5% fester Rückvergütung hinausgehen und in jedem Falle die Zustimmung der Verbandsleitung und ein Gutachten des juristischen Beirats einholen. In der kurzen Diskussion wendet sich niemand gegen diese Grundsätze, nur wird bezweifelt, daß man sie allerorten so schnell in die Tat umsetzen könne.

Am 2. Verhandlungstag ergänzt zunächst der Vorsitzende Liebmann den Geschäfts- und Sekretär Albert den Sekretariatsbericht, dessen wichtigste Angaben wir bereits mitgeteilt haben. Recht interessante Einzelmitteilungen über fernstehende Konsumvereine machte Herr Albert. So hat ein Verein seinem Lagerhalter 7 Prozent des Umsatzes gleich 21 000 Mk. als Gehalt bezahlt. Nach Abzug der Gehälter für das Personal blieben ihm noch zirka 16 000 Mk. Der Verein machte Konkurs. Selbstredend hatte der Lagerhalter sein Schäfchen im Trockenen. Solche Dinge müssen natürlich bei unsern Vereinen unmöglich sein. Herr Bäßlein referiert dann noch über Zusammensetzung des genossenschaftlichen Betriebskapitals, Aufnahme und Anlegung von Hausanteilen und Spareinlagen. Die erste Pflicht der Vereine müsse sein, Spareinlagen niemals als eigenes Geld zu behandeln und womöglich gar in großem Umfang in Erweiterungsbauten anzulegen. Vielmehr seien grundsätzlich 50 Prozent der Spareinlagen flüssig zur jederzeitigen Auszahlung zu halten. Bedürfe man Gelder zur Betriebserweiterung, dann seien die Reserven oder die Geschäftsanteile zu erhöhen. Gegebenenfalls könnten besondere Hausanteile bezw. Obligationen aufgenommen werden. Diese Grundsätze sind gleichfalls vom Zentralverband aufgestellt worden. Ferner hat derselbe die Einrichtung von Notfonds für die Mitglieder empfohlen. Verfahre man unter Beachtung dieser Vorschläge überall, so dürften alle unangenehmen Vorfälle ausgeschlossen sein, zum Wohle der ganzen Genossenschaftsbewegung und damit wohl breiter Bevölkerungsschichten. Zum Schlusse wird die Jahresrechnung und der Voranschlag für 1914 genehmigt. Einmütig wird noch auf Antrag der Verbandsleitung Anstellung eines zweiten Verbandsrevisors beschlossen. Nach den Wahlen in den Verbandsvorstand, die noch eine längere Debatte auslösen, ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende schließt die Tagung, nachdem er seiner Genugtuung über die geleistete, erfolgreiche Arbeit Ausdruck gegeben hat, Freitag mittag. Der nächste Verbandstag findet in Lörrach statt.

Aus der Partei.

Grötzingen, 25. Mai. Es sei auch an dieser Stelle auf die am nächsten Donnerstag abend im „Löwen" stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins hingewiesen. Genosse Kurz wird über die Schuldebatte im Landtag Bericht erstatten, aus welchem Grunde zahlreichen Besuch erwünscht ist.

Gewerkschaftliches.

* **Ludwig Schröders letzte Ehrung.** Das Leichenbegängnis des Bergarbeiterführers Ludwig Schröder, das am Nachmittag des Himmelfahrtstages stattfand, wies eine Beteiligung auf, wie sie Bochum noch nie gesehen hat. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen ganz Westdeutschlands waren vertreten, alle mit prächtigen Kranzspenden; viele führten Fahnen im Zuge. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte eine Vertretung entsandt. Tausende und Abertausende folgten dem Sarge. Gedächtnisreden für den verstorbenen Freund hielten Pocorny und Husemann; außerdem hielten Ansprachen Sachse, Waldhecker und König. Der Kaiserdelegierte von 1889, August Siegel, war von Schottland herbeigeeilt, um dem verstorbenen Freund die letzte Ehre zu erweisen. (Der dritte Kaiserdelegierte Bunte ist schon früher verstorben.)

Die Polizei hatte dem früheren „Zuchthäusler" Ludwig Schröder auch noch im Tode eine besondere Ehre zugedacht. Sie verbot den Trauerzug durch die Stadt; auf Umwegen über Felder und durch entlegene Straßen bewegte sich so der Trauerkondukt zum Friedhof. Auch das Mitführen von roten Fahnen und roten Kranzschleifen im Zuge hatte die Polizei untersagt, Abzeichen jener Gesinnung und Partei, der der Verstorbene 40 Jahre lang treu gedient hat.

Kunst und Wissenschaft.

Ausstellung von Werken Prof. Albert Haueisens in der Galerie Moos in Karlsruhe.

Die jüngst eröffnete „Galerie Moos" entfaltet eine rühmenswerte Vielseitigkeit bezüglich ihrer Ausstellungen und trägt das anerkennenswerte Bestreben zur Schau, das kunstverständige Publikum Karlsruhes mit den wertvollsten Erzeugnissen der bildenden Kunst vertraut zu machen. So sind nun seit Samstag die Räumlichkeiten zu einer übersichtlichen, imposanten „Haueisen-Ausstellung" umgewandelt worden. Oelbilder (116 an der Zahl) und viele Holzschnitte, Zeichnungen usw. sind hier vereinigt worden und gewähren so in ihrer Stattlichkeit einen vollständigen Blick über Haueisens produktives künstlerisches Schaffen. Um Haueisens Wirken und Bedeutung richtig würdigen zu können, veranstaltete die „Galerie Moos" einen Vortrag, der der Ausstellungseröffnung vorausging und gleichsam eine wertvolle, schätzenswerte Einführung zur Ausstellung bildete. Das erläuternde Geleitwort schickte Herr Dr. Th. Butz, ein Verehrer, Kenner und warmer Fürsprecher Haueisenscher Kunst, dem Rundgang voraus. Seine Ausführungen zeichneten sich durch prägnante Kürze, wesentliche Knappheit und vertiefte Sachlichkeit aus. Auch ein lesenswertes und zum „Haueisen-Verständnis" unbedingt erforderliches Vorwort setzte Dr. Butz dem Ausstellungskatalog voraus. Wir möchten bei Besichtigung unsere Leser auf die Benützung dieses geschmackvollen Katalogheftchen (Preis 30 Pfg.) besonders aufmerksam machen, da es neben der vorzüglichen Erläuterung noch einige künstlerische Reproduktionen von Haueisenschen Bildern enthält. Die mündlichen Ausführungen und das gedruckte Vorwort zum Katalog von Dr. Butz decken sich inhaltlich fast völlig, so daß wir hier einige besonders wissenswerte Sätze herausgreifen und unseren Lesern wiedergeben können. Dr. Butz erzählt hier ungefähr folgendes über Prof. Albert Haueisen:

„Wegen seiner Ablehnung einer nicht durchgedachten „Primitivität" von den einen als „Akademiker" über die Schultern angeschaut, von den andern wegen seiner Verwerfung einer abgetanen Konvention als „Moderner" und „Auslandgänger" abgelehnt, verdient er die volle Sympathie einer erstrebten „stillen Minorität", die sich über gewisse Dinge einig weiß, der kein Schlagwort, keine Aktualität etwas anzutun vermag, die durch das geräuschvolle Gewühl der Gegenwart hindurch den Tiefstand des zeitgenössischen Idealismus erblickt und sich entschlossen, ohne Furcht, für reaktionär zu gelten, von diesem Getriebe wegwendet. „Billig ist es, heute modern zu sein. Nichts Schöpferisches gehört dazu, nur träge Hingabe, spielerische Genügsamkeit. Höhere Gesinnung zeichnet den, der den Mut hat, seine Sehnsucht nach einem Göttlichen zu gestehen."

Ursprünglich schien Haueisen eine äußerlich glänzende Künstlerlaufbahn zu winken. Als begabter Thomaschüler gelangte er in Karlsruhe rasch zu Ansehen und Erfolg. Noch in sehr jungen Jahren wurde er von der badischen Regierung mit dem Professorentitel ausgezeichnet. All das wurde anders, als Haueisen die alten Konventionen über Bord warf und nach dem Neuen suchte.

Das notwendige Neue, was gefunden werden mußte, war ein richtig gelöster „Farbenaufbau". Die zu diesem neuen Aufbau nötige Syntax schaffen, war nun die Arbeit, zu der ihn sein künstlerisches Gewissen zwang.

In Deutschland fand Haueisen keinen Weggenossen bei seinem Vormarsch in das unbekannte Land. Aber in Frankreich fand er schon zwei Generationen hervorragendster Talente an der Arbeit, welche sich nun auch vor ihm aufgetan hatten. Es waren die „Impressionisten und Neoimpressionisten". Er ist dabei in keiner Phase seiner weiteren Entwicklung in eine imitatorische Abhängigkeit von diesen Franzosen geraten, sondern hat bei ihnen geforscht und gelernt, was ihm für seine Aufgabe Notwendigkeit erschien. Bei seinen Untersuchungen ging Haueisen zunächst ganz chematisch vor. Er zerlegte die Farbe in ihre Bestandteile. Und dabei gelangte er insbesondere zu wichtigen Aufschlüssen über Wesen und Wirkung des Komplementärproblems. Während aber die Neoimpressionisten im Problem stecken blieben und dabei ihnen schließlich das Mittel Selbstzweck geworden war, ließ Haueisen von Anfang an nie außer acht, daß diese Forschungen nur Mittel und nicht Endzweck werden durften. Er vergaß nicht, daß das Ziel der Malerei eben das Malen, das Darstellen ist, und diese Mittel nur dazu da sein dürfen, sich wahrer, stärker und klarer auszudrücken.

Dieses Erarbeiten einer klaren „grammatikalischen" Grundlage für eine zeitgemäße Malerei hat ihn aber auch davor bewahrt, dem Schicksal so vieler allzufrühreifer „Moderner" zu verfallen. Denn nicht wenige unserer sogenannten „Expressionisten" und „Kubisten" begnügen sich mit im Grunde doch bescheidenen Ansprüchen an Kunst. Die deutsche Kunst wird ihm Dank wissen, daß er nicht in der Sackgasse eines der vielen Rezepte gelandet ist, nach denen man heute in der Kunst selig werden kann, sondern daß er ein „Künstler", daß er Mensch geblieben ist."

Ueber die Ausstellung, d. h. über die Wertung der ausgestellten Werke werden wir besonders berichten. W. Sch.

Aus dem Lande.

Rastatt.

— **Mitteilung aus der Gemeinderatssitzung.** Nach den Kassendarstellungen der Stadtkasse und deren Nebenkasse auf 1. Mai betragen bis dahin die Einnahmen insgesamt 1 151 778 Mk. und die Ausgaben insgesamt 1 138 165 Mk. — Im städtischen Krankenhause war der Krankenstand im Monat April folgender: Stand am 1. April 47 Personen Zugang, 46 Personen, Abgang 52 Personen. Stand am 30. April 41 Personen. — An Stelle des von seinem Amte zurückgetretenen Herrn Anton Schneider wird Herr Privatmann Otto Späth zum Armenpfleger für den Stadtteil oberhalb der Schloßstraße bis zum Bahnhofrestaurant bestellt. Mit Rücksicht auf die äußerst unangenehme und schwierige Arbeit, wird die Gebühr des Totengräbers für das Ausgraben von Leichen und Wiederbeerdigungen in einem anderen Grabe: a) Vor Ablauf der Umgrabungszeit auf 40 Mk., b) nach Ablauf der Umgrabungszeit auf 12 Mk. festgesetzt. — Einigen Unterstützungsgesuchen wird zum Teil entsprochen. Gegen das Gesuch des Herrn Rüßmann um Genehmigung zum Weiterbetrieb des Café „Panorama" im bisherigen Umfang bestehen keine Bedenken. Die Bedürfnisfrage wird bejaht. — Nachdem sich die Ziegenzüchter in der Stadt in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung widerspruchslos für ausschließliche Züchtung der weißen Saaneziege ausgesprochen haben, werden künftig nur Ziegenböcke dieser Richtung aufgestellt werden. — Die städtischen Plakatsäulen und Tafeln werden aufgrund vorausgegangenen Submissionsverfahrens vom 1. Juni ab auf die Dauer von 2 Jahren dem städt. Desinfektor Herrn Emil Vögele hier, Fuhrmannstr. 4, pachtweise überlassen. — Eine Reihe Baugesuche wird dem Gr. Bezirksamt nach Prüfung unbeanstandet wieder vorgelegt. — An größeren Veranstaltungen werden im Laufe des Jahres in hiesiger Stadt stattfinden: Am 21. Juni die Hauptversammlung des historischen Vereins für Mittelbaden mit Vortrag des Herrn Professor Lederle; Versammlungslokal Rathaus oder Fruchthallesaal, am 3. und 4. Oktober die Landesversammlung der freien Vereinigung badischer Krankenkassen mit Lichtbildervortrag im Fruchthallesaal. — Der freie Platz an der Kehlerstraße, zwischen der Brauerei Streib und den ehemaligen Torwachgebäuden (Kinderspielplatz) soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses um 3,50 Mk. pro qm für ein gewerbliches Unternehmen veräußert werden. — Verschiedene entbehrliche Feuerwehrleitern, Leder- und Segeltucheimer, welche im Feuerwehrgeräteraum des Rathauses lagern, sollen demnächst in öffentlicher Versteigerung veräußert werden. — Nachdem die Verhandlungen wegen des zur Regulierung der Rauentalerstraße erforderlichen Geländes abgeschlossen sind, wird dem Bürgerausschuß wegen Bewilligung der erforderlichen Mittel Vorlage unterbreitet werden. — In zwei Fällen wird das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet, nachdem mit den betreffenden Eigentümern hinsichtlich des zur Straße erforderlichen Geländes eine Einigung zu annehmbarem Preis nicht erreichbar ist.

Baden-Baden.

* **Neue Villenkolonie.** In der Nähe der Stadt im Gunzenbachtal soll eine neue Villenkolonie erstehen. Zunächst ist geplant an der Gunzenbachstraße mit dem Bauen zu beginnen. Der bereits genehmigte Bebauungsplan und eine Reihe von Ein- und Mehrfamilienhäusern sind von den Architekten G. und F. Betzel in Karlsruhe entworfen.

* **Vermächtnis.** Der verstorbene Rentner Otto Kah hat durch letztwillige Verfügung der Stadtgemeinde folgende Vermächtnisse zugewiesen: 10 000 Mk. für die Armen der Stadt, 10 000 Mk. für wohltätige Zwecke und 8000 Mk. mit der Auflage zur Unterhaltung der Gräber der Familienangehörigen des Verstorbenen.

Offenburg.

— **Fahrkartenautomaten.** Zur Erleichterung der Fahrkartenlösung sind weitere 4 Automaten am Südeingange des Bahnhofs aufgestellt worden. Es können nun daselbst Personenzugsfahrkarten nach folgenden Stationen den Automaten entnommen werden: Windschläg, Ortenberg, Schutterwald zu 10 Pf.; Appenweier, Gengenbach, Niederschopfheim zu 20 Pf.; Renchen, Zusenhofen, Legelshurst, Friesenheim (Baden) zu 30 Pf.; Achern, Oberkirch, Biberach-Zell, Lahr-Dinglingen zu 40 Pf.; Lautenbach, Kehl zu 45 Pf. (Einwurf 5 Zehner, 5 Pf. kommen mit der Karte zurück); Hubacker, Steinach, Lahr-Stadt, Kippenheim zu 50 Pf. (Einwurf 5 Zehner oder eine halbe Mark).

---

* **Mannheim**, 24. Mai. Am 18. Mai in aller Frühe verschwand aus Mannheim der 27 Jahre alte Knecht Jakob Selzer aus Pfeddersheim mit dem Kastenwagen und den zwei Pferden des Gutspächters Weißbrod von Friesenheimer Insel. zuletzt wurde der Dieb mit dem Fuhrwerk in Lampertheim gesehen. Man nimmt an, daß er über Darmstadt nach Frankfurt fuhr, um dort Pferde und Wagen zu verkaufen.

* **Leutesheim** (A. Kehl), 24. Mai. Durch Feuer wurde das Oekonomiegebäude des Landwirts Torwarth vollständig zerstört. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Die Entstehungsursache des Feuers ist nicht bekannt.

* **Brombach**, 22. Mai. Gestern nachmittag fiel in einem unbewachten Augenblick ein 2½ Jahre altes Kind in einen Wassergraben und ertrank.

* **Vollschweil**, 22. Mai. Hier brannte das Anwesen „Alte Sonne" gestern abend vollständig nieder. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

* **Konstanz**, 25. Mai. Bei dem 1. Tag der Bodensee-Motorboot- und Flugwoche ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Beim nehmen einer Kurve kenterte ein Boot und die Insassen fielen ins Wasser. Während zwei Insassen von den herbeieilenden Booten gerettet werden konnten, fand der Werkstättendirektor Kunkel aus Arbon, Vater von 8 Kindern, den Tod durch Ertrinken.

* **Ladenburg** (A. Mannheim), 25. Mai. Die geistig nicht normale Witwe Meixner stürzte sich in den Neckar und ertrank. Ihr Gemütsleiden war auf einen räuberischen Ueberfall vor etwa 12 Jahren auf ihren Gatten, den Stationsvorsteher Meixner, zurückzuführen, bei welchem Meixner durch Hammerschläge auf den Kopf schwer verletzt wurde. Die Frau war durch das Ereignis jener Nacht geistesgestört geworden.

---

* **Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Gau 23, 5. Bezirk.** Am Sonntag, 17. d. M. fand die Bezirksausfahrt statt. Um 8 Uhr morgens trafen die Radfahrer in Haslach zusammen, konnten aber infolge des eingetretenen Regens nicht weiterfahren. Im „Bayrischen Hof" fand dann gemütlicher Frühschoppen statt, bei welcher es an Unterhaltung nicht fehlte. Da sich das Wetter nicht änderte, berief der Bezirksleiter auf 1 Uhr im „Grünen Baum" eine Versammlung zusammen, in der er Bericht vom Gautag erstattete. Im Verlauf der Versammlung wurde auch eine Tellersammlung veranstaltet zugunsten eines seit 12 Wochen erkrankten Sportsgenossen aus Kehl. Die Sammlung ergab 8 Mk., einstimmig wurden noch 5 Mk. aus der Bezirkskasse bewilligt. Bedauerlich ist, daß sich die Kehler Sportsgenossen geschlossen von dieser Ausfahrt fernhielten, auch sie sollten bedenken, daß nur durch ein einmütiges Zusammenarbeiten der Vereine die Solidarität hochgehalten werden kann. Als sich um 3 Uhr das Wetter ein wenig änderte, wurde die Fahrt nach Zell a. H. fortgesetzt, wo die Kollegen sich bis 6 Uhr

aufs beste unterhielten. Der 5. Bezirk kann wieder auf eine schöne Zusammenkunft zurückblicken, wenn sie auch vom Wetter stark beeinträchtigt wurde. Zum Schlusse wurde noch die Delegiertenfrage zum Bundestag besprochen. Es erging die Aufforderung die Kandidatur unseres Bezirksleiters Vollmer nach Kräften zu unterstützen. Am 5. Juni 1914 feiert die Ortsgruppe Lehengericht-Schiltach ihr 5jähriges Stiftungsfest. Wir ersuchen unsere Ortsgruppen sich zahlreich daran zu beteiligen, damit unsere Gegner auch sehen, daß die Arbeiterradfahrer auf dem Damme sind, und den Gedanken der Solidarität hochhalten.

Der Kampf im Tiefbaugewerbe in Karlsruhe.

In der vor 14 Tagen stattgefundenen Versammlung der Tiefbauarbeiter von Karlsruhe und Durlach in der Gewerkschaftszentrale Karlsruhe war bekanntlich eine, von uns damals im Wortlaut mitgeteilte Resolution angenommen worden, in der u. a. die Zweigvereinsleitung auch den Auftrag erhielt, an weiteren Verhandlungen teilzunehmen und dann in einer Samstag, 23. Mai, stattfindenden weiteren Versammlung darüber Bericht zu erstatten. Die Versammlung fand nun letzten Samstag in der Gewerkschaftszentrale statt, der Vorsitzende der Zweigvereinsleitung Karlsruhe des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, A. Philipp, erstattete Bericht über den nunmehrigen Stand der Dinge im Tiefbaugewerbe. Ueber stattgehabte Verhandlungen konnte er nicht berichten, weil nämlich allem Anschein nach die Arbeitgeber eine elende Schindluderpolitik einzuschlagen im Sinne haben. Wie der Vorsitzende Philipp nämlich berichtete, hat er sofort am 15. Mai den Beschluß der am 14. Mai stattgefundenen Versammlung dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes mitgeteilt. Weiter wurde den Arbeitgebern mitgeteilt, daß die Stimmung bei den Tiefbauarbeitern eine solche ist, daß sie einem Schiedsgericht, das endgültig entscheiden soll, ihre Zustimmung nicht geben werden. Die Herren Arbeitgeber wußten also, wie die Karten standen, sie wußten auch, daß am 23. Mai die neue Versammlung der Tiefbauarbeiter stattfinden sollte. Am Samstag früh nun, also am Tage der Versammlung, fühlten sich endlich die Arbeitgeber bemüßigt, zu antworten; sie schickten folgenden Brief:

An den Deutschen Bauarbeiterverband,
Zweigverein Karlsruhe hier.

In höfl. Beantwortung Ihres Schreibens vom 15. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir bereit sind, mit Ihnen in weitere Verhandlungen bezüglich des Tiefbauvertrages bezw. Bildung eines zweiten Schiedsgerichts einzutreten. Wir möchten aber zuvor zur Klärung der Sachlage eine grundsätzliche Auslegung über die Frage herbeiführen, welcher Wille bei Abschluß der Vorverhandlungen am 28. März und 1. April d. J. auf beiden Seiten vorhanden war, und ferner über die Lage, welche durch die Nichtverhandlung vor dem Haupttarifamt geschaffen wurde. Zu diesem Behufe schlagen wir Ihnen vor, den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe oder einen von diesem hierfür zu bezeichnenden Herrn über diese Frage zu hören.

Wir bitten Sie, in dieser Sache einen gemeinsamen Antrag mit uns an den Herrn Oberbürgermeister zu stellen und sehen Ihrer Mitteilung wegen einer diesbezüglichen Besprechung entgegen.

Hochachtungsvoll
Baugewerbe-Verband Karlsruhe, eingetragener Verein.
Der Vorstand: Trier.

Niemand wird sich wundern, auch die Herren Briefschreiber selber nicht, wenn wir mitteilen, daß der Inhalt dieses Briefes von den versammelten Tiefbauarbeitern mit Heiterkeit aufgenommen wurde. Denn für jeden Anwesenden war es klar, was die Arbeitgeber mit diesem am letzten Tage übersandten Schreiben bezweckten. Am liebsten hätten die Herren ja gar nicht geantwortet, allein sie müssen auch ein bißchen Rücksicht auf die Oeffentlichkeit nehmen und um den Schein zu wahren, als wären sie bereit gewesen, weiter zu verhandeln, schrieben sie jenen Brief. Hauptzweck ist ihnen dabei, die Sache hinauszuziehen, zu verschleppen. Das beweist ja schon der Umstand, daß sie 14 Tage brauchten, um diese nichtssagende Antwort zu verfassen. Die Arbeiter können es nur als eine Verspottung empfinden, wenn man ihnen den Karlsruher Oberbürgermeister als Vermittler, Unparteiischen oder sonst was vorschlägt.

Der Vorsitzende Philipp beschäftigte sich in eingehender Weise mit diesem Schreiben. Die Arbeitgeber sind also einverstanden, daß weitere Verhandlungen stattfinden, auch daß ein Schiedsgericht entscheiden soll. Aber über die Hauptfrage schweigen sie sich aus, nämlich darüber, ob sie damit einverstanden sind, daß das Urteil nicht endgültig ist, sondern daß die Arbeiter über Annahme oder Ablehnung entscheiden sollen. Um den Kern der Sache sind also die Herren herumgegangen, das ist Berechnung. Sie wollen nach außen den Schein erwecken, als hätten sie auch ein Schiedsgericht gewollt, aber die Tiefbauarbeiter hätten nicht mitgemacht. Wir meinen, wenn die Arbeitgeber den guten Willen gehabt hätten, ein Schiedsgericht unter der genannten Bedingung anzunehmen, dann hätten sie eine dementsprechende Antwort geben können.

Der zweite Punkt in ihrem Schreiben ist ein diplomatischer Schachzug. Die Herren wollen eine Klärung schaffen, sagen sie. Als ob nicht in Wirklichkeit eine Klärung schon bestände, die Herren Arbeitgeber wollen aber eine Entscheidung, die endgiltig sein soll. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben erklärt, daß nach dem Entscheid des Tarifamts die Sache für sie erledigt ist. Die Arbeiter wollen nicht wieder wochenlang hinaus gezogen werden, um dann wieder so weit zu sein, wie heute. Die Arbeiter haben ihre grundsätzliche Stellung zum Ausdruck gebracht, sie sind auch weiter bereit, vor einem Schiedsgericht weiter zu verhandeln, aber nur muß die Arbeiterschaft über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs endgiltig entscheiden. Das ist doch klar und unzweideutig, da bedarf es keiner Klärung und keiner Juristen. Die Arbeiterschaft kann sich nicht auf Gnade oder Ungnade dem Urteil eines Juristen unterwerfen.

In eingehender Weise bespricht sodann Redner nochmals den Verlauf der bisherigen Verhandlungen, die wiederholten Besprechungen vor dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Neukum, und die Verhandlungen vor dem Haupttarifam: in Berlin, die sich durch die Schuld der Arbeitgeber zerschlugen. Man ersieht hieraus, daß die Vertreter der Arbeitnehmer Alles getan haben, um den Frieden zu erhalten. Die Arbeitnehmer haben den guten Willen gehabt, die strittigen Fragen durch das Haupttarifamt entscheiden zu lassen. Sie haben aber keine Veranlassung, das Spiel weiter mit sich treiben zu lassen. Die Arbeiter sind dennoch auch weiterhin gewillt, ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, aber endgiltig entscheiden sie selbst. Wenn die Arbeiter sich das vorbehalten, so verlangen sie nichts Unrechtes, denn bei den Kämpfen im Baugewerbe 1913 und 1910 war dasselbe der Fall. Wenn die Herren nicht wollen, dann wird es zum Kampfe kommen. Die Verbandsleitung macht der Arbeiterschaft keine Vorschläge, sie überläßt es den Mitgliedern, selbst über das, was kommen soll, zu entscheiden. Mögen die Kollegen also ihre Entscheidung treffen. — Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall, man konnte daraus schon schließen, wie die Stimmung ist. Von der anschließenden Diskussion wurde reichlich Gebrauch gemacht; alle Redner standen jedoch auf dem Standpunkt, einmal, daß die Person des Oberbürgermeisters Siegrist unbedingt bei irgendwelchen Verhandlungen auszuscheiden habe, und daß weiter das letzte Wort die Gesamtheit der Tiefbauarbeiter zu sprechen habe. Schließlich fand ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag einstimmige Annahme. Der Antrag besagt, daß die Tiefbauarbeiter es ablehnen, auf den Vorschlag der Arbeitgeber einzugehen, weil sie in diesem Vorschlag nur einen Verschleppungsversuch der Arbeitgeber erblicken.

Wenn es nun zum Kampf kommen sollte, dann haben die Arbeiter keine Schuld, sie haben den Frieden gewollt und wollen ihn auch fernerhin. Aber Alles können sie sich nicht bieten lassen. Das ganze Verhalten der Arbeitgeber von Anfang an, läßt nur zu klar erkennen, daß man auf jener Seite ernstlich gar nie gewillt war, einen friedlichen Vertrag abzuschließen. Nun haben die Arbeiter der einzelnen Firmen das Wort.

Die Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe

(3. Klasse).

Mit der Wahl der 3. Klasse nahmen gestern die Erneuerungswahlen zum Bürgerausschuß ihren Anfang. Die Wahlflauheit, die sich schon in dem den ganzen Tag über nur langsam vor sich gehenden Wahlgeschäft zeigte und die am Abend bei der Resultatfeststellung in der Ziffer der abgegebenen Stimmen ihren drastischen Ausdruck fand, läßt sich nur mit der geringen Wahlbeteiligung, wie sie unter dem alten Wahlgesetze bestand, vergleichen. Diese Wahlflauheit zeigt auch, daß in den Wählerkreisen immer noch nicht das Interesse an Gemeindeangelegenheiten vorhanden ist, wie man es eigentlich bei den heutigen Aufgaben der Gemeinden, bei deren heutigen Stellung im Staatsganzen erwarten sollte. Und speziell in Karlsruhe standen doch gerade in der letzten Zeit Fragen zur Entscheidung, die die Interessen der gesamten Bürgerschaft so berührten, daß die in der schlechten Wahlbeteiligung zum Ausdruck gekommene Gleichgültigkeit geradezu unverständlich ist. Von 11 232 Wahlberechtigten haben 7 173 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, die Wahlbeteiligung betrug also 63,86%, fast 10% weniger wie vor 3 Jahren. Diese schlechte Wahlbeteiligung kommt noch drastischer zur Erscheinung, wenn man sich einzelne Bezirke ansieht, so haben in einem Bezirk von 827 Wählern 495 gewählt, 332 haben ihr Stimmrecht nicht ausgeübt, in einem anderen Wahlbezirk haben von 842 Wählern 400 abgestimmt, die Zahl der Nichtwähler beträgt also 442, in einem weiteren Wahlbezirk haben genau 50%, 464 von 864 nicht abgestimmt, und so ist es noch in einer Reihe von Bezirken. Im ganzen haben 4 059 Wähler nicht gewählt.

Daß von dieser geringen Wahlbeteiligung die Sozialdemokratie, der der größte Teil der Wähler dieser Klasse angehört, am ehesten und schwersten getroffen wird, bedarf keiner weiteren Betonung. Unsere Liste erhielt von den 7514 abgegebenen Stimmen 4 591. Das sind 64%. Unser Verlust gegen 1911 beträgt etwa 180 Stimmen. Bei einer einigermaßen intensiveren Agitation wäre dieser Verlust leicht zu vermeiden und sogar ein schöner Zuwachs zu erzielen gewesen. Unsere Partei muß auch in Gemeindeangelegenheiten mit der Wählerschaft in genau derselben ständigen Fühlung und Berührung bleiben wie es bei den Fragen der Landes- und Reichspolitik der Fall ist. Es sollte zu aktuellen Gemeindefragen ebenso in öffentlichen Versammlungen und in internen Parteiversammlungen Stellung genommen werden, wie es bei allgemeinen politischen Fragen bei uns üblich ist. Auch die Fraktion sollte in ständiger Fühlung mit der Wählerschaft bleiben. Die Wahlen traten dieses Mal zu unvermittelt an die Wähler heran, es blieb ihnen kaum Zeit, sich zu orientieren.

Wie es bei den Proporzwahlen auf jede einzelne Stimme ankommt, das zeigt gerade der Ausgang dieser Wahl für unsere Partei. Wie vor drei Jahren durch eine Stimme mehr auf unserer Seite uns ein weiterer Sitz zufiel, so entschied dieses Mal das Wahlglück gegen uns, das Zentrum erhielt durch ein Mehr von 3 Stimmen einen höheren Quotienten und nahm uns dadurch den 12. Sitz, der vor drei Jahren uns zugefallen war. Es ist das eine Zufälligkeit, der man aber leicht hätte begegnen können, wenn die Arbeiterwähler sich mehr ihrer Wahlpflicht bewußt gewesen wären und wenn auch nicht gerade auf unserer Seite die meisten Streichungen vorgenommen worden wären, so daß für uns eine ganze Reihe ungiltiger Zettel abgegeben wurden. Also auch nach der Richtung bedeutet der Ausfall der Wahl eine ernste Lehre, die hoffentlich schon bei der Wahl zur zweiten und ersten Klasse Beachtung findet.

Nachstehend lassen wir das Wahlergebnis im einzelnen folgen:

Wahlbezirke und Wahllokale	Zahl der Wahlberecht.	Zahl d. abgegeben. giltig. Stimmen	Soziald.	Fortschrittl.	Nationallib.	Zentrum	Konservat.
1. Wahlbezirk (Karl Wilhelmschule)	843	583	395	58	43	84	3
2. Wahlbezirk (Karl Wilhelmschule)	788	500	304	61	36	97	2
3. Wahlbezirk (Markgrafenschule)	801	499	314	45	50	81	9
4. Wahlbezirk (Uhlandschule)	827	495	294	58	40	90	3
5. Wahlbezirk (Leopoldschule)	842	400	191	48	71	78	12
6. Wahlbezirk (Gutenbergschule)	735	439	273	40	36	82	8
7. Wahlbezirk (Gutenbergschule)	760	464	287	53	43	75	6
8. Wahlbezirk (Schulhaus Mühlburg)	744	535	379	35	27	84	10
9. Wahlbezirk (Gartenstr. Schule)	868	464	282	51	47	74	10
10. Wahlbezirk (Uhlandschule)	790	511	338	48	46	76	3
11. Wahlbezirk (Uhlandschule)	888	565	372	48	49	93	3
12. Wahlbezirk (Nebeniusschule)	831	556	312	60	46	131	7
13. Wahlbezirk (Gemeindesekretariat Beiertheim)	299	192	126	8	19	39	—
14. Wahlbezirk (Gemeindesekretariat Rintheim)	231	192	169	6	16	1	—
15. Wahlbezirk (Gemeindesekretariat Rüppurr).	328	245	155	50	17	12	11
16. Wahlbezirk (Gemeindesekretariat Grünwinkel)	270	200	143	25	5	27	—
17. Wahlbezirk (Gemeindesekretariat Daxlanden)	387	314	257	14	9	33	1
Zusammen	11 232	7 154	4 591	708	600	1 157	98
Mithin sind gewählt	—	—	**11**	**1**	**1**	**3**	**0**

19 Zettel waren ungültig.

Sitze erhielten demnach: die Sozialdemokratie 11, die fortschr. Volkspartei 1, die nationalliberale Partei 1, das Zentrum 3 und die kons. Partei 0. Gewählt sind die Genossen Schwall August, Hof Wilhelm, Hummel Konrad, Abele August, Brandel Karl, Hipp August, Krebs Friedrich, Sigmund Friedrich, Flößer Karl, Röhrig Heinrich, Kullmann Dr. Leo. — Vom Zentrum sind gewählt: Kappes Anton, Müller Wilh., Ball Karl; von den Nationalliberalen Trautmann Ernst und vom Fortschritt Herrmann August.

Auf zur Wahl in der 2. Klasse!

Parteigenossen! Morgen, Mittwoch, findet die Wahl der zweiten Klasse statt. **An die Arbeit!** so muß es jetzt heißen. Es muß gelingen, mindestens den in der 3. Klasse uns durch Zufall verloren gegangenen Sitz zu holen. Klärt die Unschlüssigen auf, agitiert überall, bringt die Säumigen zur Wahl. Die übergroße Mehrheit der Wähler der 3. Klasse, 4591 gegen 2563, hat sich für die Sozialdemokratie erklärt. Auch in der zweiten Klasse verfügen wir über einen großen Anhang.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 26. Mai.

Auf zur Wahlarbeit!

Heute **Dienstag**, 26 Mai, findet von 8 Uhr ab die Kuvertierung der Flugblätter und Stimmzettel für die erste Klasse in folgenden Lokalen statt:

Oststadt: „Gewerkschaftszentrale", Kaiserstr. 13,
Mittelstadt: „Gambrinushalle", Erbprinzenstr. 30,
Südstadt: „Auerhahn", Schützenstr. 58,
Mühlburg: „Goldener Hirsch", Hardtstr. 20a.

Wir ersuchen die Genossen der einzelnen Stadtbezirke sich recht zahlreich zu dieser Arbeit einzufinden. Insbesondere die Genossen der Weststadt mögen recht zahlreich nach Mühlburg zur Hilfe kommen. An diesem Abend

werden auch die Kuverte zum Austragen ausgeteilt. Da diese 4 Bezirke die ganze Stadt umfassen, ist es dringend notwendig, daß die Genossen sich zahlreich zur Verfügung stellen. Auf zur Arbeit!

* **Die Entwicklung des Wirtschaftslebens.** Heute abend ½9 Uhr wird Genosse Reimes im Nebenzimmer des „Auerhahn" seinen 5. Vortrag halten. Der Vortrag mußte gestern der Wahlen wegen ausfallen.

* **Todesfall.** Heute nacht starb im hiesigen Krankenhaus der Fabrikant Paul Ruh im 34. Lebensjahr an einem Magenleiden; der Verstorbene war Teilhaber der bekannten Firma Junker u. Ruh.

* **Das Kartell freigeistiger Vereine** veranstaltet am Mittwoch, 27. d. M., einen öffentlichen Diskussionsabend, bei welchem Herr Dr. Max Maurenbrecher-Mannheim über: „Recht und Kraft des freireligiösen Religionsunterrichtes" sprechen wird. Dabei wird der bekannte Redner auch auf die jüngsten, den freireligiösen Unterricht betreffenden Vorgänge in der Kammer zu reden kommen. Jedermann ist vollkommene Diskussionsfreiheit gestattet.

* **Fliegertag in Karlsruhe.** Auf Einladung des Karlsruher Luftfahrtvereins zeigte am Sonntag nachmittag trotz sehr ungünstigen regnerischen Wetters der Schweizer Flieger Audemars über dem Karlsruher Exerzierplatz seine aufsehenerregenden gefährlichen Kurven- und Sturzflüge. Zu dem Luftschauspiel, welches eines sensationellen Charakters nicht entbehrte, hatte sich ein überaus zahlreiches Publikum in der näheren und weiteren Umgebung des Exerzierplatzes eingefunden. Da der kühne Flieger seine Evolutionen in sehr beträchtlicher Höhe ausführte, so konnte man ihn auch von höher gelegenen Orten der Stadt beobachten. Audemars führte in erstaunlich gewandter und graziöser Weise seine Sturzflüge aus und fand den starken Beifall des Publikums.

* **Quieta-Kostproben.** Man schreibt uns: Auf die am Dienstag den 26. Mai, nachmittags 3 Uhr und abends 8½ Uhr, im Eintrachtsaale, Karl Friedrichstraße, stattfindenden Vorträge über die Wichtigkeit richtiger Ernährung, verbunden mit Kostproben der Quieta-Nährmittel, machen wir die Leser aufmerksam. Tausende von Aerzten haben Quieta und seine Wirkung glänzend begutachtet. Quieta-Nährmittel sind von wunderbarem Wohlgeschmack und absolut bekömmlich, sodaß sie selbst vom schwächsten Magen vertragen werden. Durch ihren wirklichen Gehalt an assimilierbaren und leicht löslichen Nährsalzen, sind sie unübertroffene Kräftigungsmittel für Kinder, Kranke, Blutarme, Bleichsüchtige, Nervöse usw. Eine Hauptsache aber ist, daß diese wertvollen Nährmittel gleichzeitig vorzüglich schmeckende Genußmittel sind. Man kann die zum Nachteil der Gesundheit noch immer beliebten nervenaufregenden Getränke damit vollständig ersetzen, ohne einen Genuß entbehren zu müssen. Dabei ist der Preis so mäßig gehalten, daß auch Minderbemittelte sie ständig im Haushalte verwenden können. Die Zubereitung ist eine höchst einfache. Um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von dem vorzüglichen Wohlgeschmack der Quieta-Nährmittel zu überzeugen, werden die oben erwähnten Kostproben stattfinden, deren Besuch besonders allen Hausfrauen dringend zu empfehlen ist.

* **Akademische Volksunterrichtskurse.** Am nächsten Mittwoch den 27. Mai, findet abends 8¼ Uhr in der Techn. Hochschule, Hauptbau 3. Stock links, Hörsaal Nr. 45, ein Vortrag des Herrn stud. arch. Thomsen über Orgelbau mit Lichtbildern und Experimenten statt. Der Eintritt ist frei. Jedermann ist herzlich willkommen.

* **Motorbootfahrten im Rheinhafengebiet.** 5294 Personen haben im April ds. Js. das städtische Motorboot zu Fahrten im Rheinhafengebiet benützt, und zwar 11590 für einfache, 3704 für Hin- und Rückfahrten (Rundfahrten). Unter den Hin- und Rückfahrten befindet sich auch eine Fahrt von 81 Karlsruher Schülern.

f. **Faustball.** Sonntag, 17. d. M. trafen sich die Freie Turnerschaft Rüppurr und die Freie Turnerschaft Ettlingen, und zwar die beiden 1. Mannschaften, um das Serienwettspiel auszutragen. Dasselbe endete 30 : 54 für Ettlingen. Trotzdem der Regen kurz vor Schluß der halbstündigen Spieldauer in Strömen einsetzte, ließen sich die freien Turner nicht abschrecken, ihr Spiel auszutragen, um nachher beim gemütlichen Tanze im „Reichsadler" noch miteinander vergnügt zu sein und so die bisher bestehende Freundschaft der beiden Vereine aufs Neue befestigt zu haben.

* **Ausstellung von Korbwaren.** Die in der hiesigen Landesgewerbehalle z. Zt. untergebrachte Sonderausstellung badischer Korbwaren ist von den selbständigen Korbmachern und Korbwarenfabrikanten des Landes in umfangreicher Weise beschickt worden. Außer Korbmöbeln aus Peddigrohr, die den breitesten Raum in der Ausstellung einnehmen, sind Gebrauchsgegenstände, Reisekörbe, Wäschekörbe, Handkörbe usw. vorhanden. Insgesamt beteiligen sich an der Ausstellung 17 Aussteller. Der Besuch der Ausstellung ist unentgeltlich.

* **Raffinierter Kautionsschwindler.** Anfang dieses Monats erschien in einer hiesigen Tageszeitung ein Inserat, wonach für eine größere Fabrik ein kautionsfähiger Portier gesucht würde; Bewerbungen wurden unter Chiffre an eine Annoncen-Expedition erbeten. Der Täter mietete sich hier ein möbliertes Zimmer, bestellte einen Reflektanten dorthin und ließ sich dessen Sparkassenbuch mit einer Einlage von 1800 Mk. zur Einsicht vorlegen. Dann vertauschte er das Kuvert, in welchem sich das Sparkassenbuch befand, mit einem Umschlag, der mit Zeitungspapier angefüllt war, händigte den letzteren dem Reflektanten aus und erhob mit dem zurückbehaltenen Sparkassenbuch bei der hiesigen Sparkasse 1000 Mk. — Als Täter wurden am 14. l. M. in Stuttgart die Brüder Albert Sommer, Kaufmann, geboren am 10. Oktober 1887 in Frankfurt a. M. und Rudolf Sommer, geboren 14. April 1880 in Hadamar, beide schwer vorbestrafte Verbrecher, festgenommen; sie haben in letzter Zeit ähnliche Betrügereien auch in Stuttgart, Köln, Danzig und Breslau verübt.

* **Selbmordversuch.** Nach vorausgegangenem Wortwechsel mit ihrer Herrschaft versuchte sich Freitag vormittag ein 19jähr. Dienstmädchen aus Hirschlanden mit Leuchtgas zu vergiften. Sie schloß sich zu diesem Zweck ein ein Zimmer ein, öffnete den Gashahn der Zimmerlampe und legte sich sodann auf den unter der Lampe stehenden Tisch, woselbst sie von ihrer Dienstherrin in bewußtlosem Zustande aufgefunden wurde. Das Mädchen wurde in das städt. Krankenhaus überführt, wo es sich bald wieder erholte.

* **Razzia.** Bei einer heute nacht vorgenommenen Razzia wurden 8 obdachlose Personen, die teilweise im Freien, teilweise in Schuppen nächtigten, aufgegriffen.

* **Gestohlen** wurde einem Genossen am 19. d. M., vormittags 9 Uhr, ein Fahrrad, Marke „Frischauf", schwarzer Rahmenbau, mit Verzierung, schwarzen Felgen mit blauen Streifen, doppelter Uebersetzung, hirschlederner Satteldecke; am Sattel sind verschiedene Löcher eingezwickt. Die Genossen mögen überall ein wachsames Auge haben.

* **Unfälle.** Am 20. d. M., nachmittags, erlitt ein 20jähr. verheirateter Kaufmann aus Beiertheim dadurch einen Unfall, daß er auf der Straße von Baden nach Gernsbach mit seinem Motorrad an einer Kurve mit einem Auto zusammenstieß, wobei er vom Rad geschleudert wurde und sich einen Unterschenkelbruch und einige leichtere Verletzungen zuzog. Der Verletzte wurde von dem Autoführer nach Baden verbracht und von dort nach Anlegung eines Notverbandes im Auto in das hiesige städt. Krankenhaus überführt. — Gestern abend wurde ein verheirateter Landwirt in einem Stalle der Hauptstraße in Rintheim von einem Pferde durch einen Hufschlag in das Gesicht so erheblich verletzt, daß er mittelst Krankenauto in das Diakonissenhaus verbracht werden mußte.

* **Unfälle.** Donnerstag nachmittag wurde auf der Kaiserstraße bei der Waldhornstraße das 9 Jahre alte Kind eines Architekten von einem Radfahrer angefahren, zu Boden geworfen und erheblich verletzt. Der Radfahrer ergriff die Flucht und konnte noch nicht ermittelt werden. — Mit heißem Kaffee verbrühte sich Donnerstag nachmittag das 6 Jahre alte Söhnchen eines in der Durlacherstraße wohnhaften Taglöhners so stark, daß es mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht werden mußte.

* **Unfall.** Am 24. d. M., früh ¾6 Uhr, wurde ein in der Nuitsstraße wohnhafter, lediger, 24 Jahre alter Taglöhner beim Ueberschreiten der Ettlingerstraße von einem Auto angefahren und zu Boden geworfen, wobei er sich einen Wadenbeinbruch und eine Knöchelverletzung zuzog. Der Autoführer verbrachte den Verletzten selbst in das städt. Krankenhaus.

* **Unfall.** Dienstag nachmittag, als ein verheirateter Taglöhner aus Hagenbach sich in einem 2,60 Meter tiefen Schacht im Hause Amalienstraße 30 befand, wo zurzeit der Anschluß an die Schwemmkanalisation hergestellt wird, brach infolge mangelhafter Absprießung die Erde ein, wodurch der Arbeiter bis zur Brust von den Erdmassen verschütte wurde. Erst nach halbstündigen Bemühungen konnte er sich selbst wieder aus seiner gefährlichen Lage befreien.

* **Bei einer Schlägerei** in einer Wirtschaft in der Rintheimerstraße wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag ein Reisender durch Schläge mit einem Bierglas auf den Kopf, sowie ein Taglöhner am Ohr erheblich verletzt. Der Reisende mußte ins städt. Krankenhaus verbracht werden.

* **Messerstecher.** In einer Wirtschaft in der Lameystraße erhielt Sonntag nacht gegen 12 Uhr ein lediger Kaufmann aus Langendiebach von einem Hausburschen von hier 5 Messerstiche in den Rücken. Die Verletzungen sind schwer, aber nicht lebensgefährlich.

* **Ein roher Patron.** Sonntag nachmittag versetzte ein in der Lameystraße wohnhafter 23jähriger lediger Schmied der 23jährigen Ehefrau eines Schmieds in ihrer Wohnung in der Rheinstraße mit einem Taschenmesser mehrere Stiche in den Kopf, in den Hals und schlitzte ihr schließlich den Unterleib auf, daß die Gedärme heraustraten. Die lebensgefährlich verletzte Frau ist in das städtische Krankenhaus überführt worden. Die Tat geschah aus Rache, weil, wie der Täter sich äußerte, er demnächst wegen der Verletzten eine dreimonatliche Gefängnisstrafe absitzen müsse und „er ihr es hierfür zuerst noch besorgen wollte".

Veranstaltungen.

* **Liederhalle Karlsruhe.** Mittwoch abend 8¼ Uhr veranstaltet die Liederhalle im großen Saal der Festhalle ein Frühjahrskonzert. Der Verein unternimmt Anfang Juni eine Sängerreise in die Schweiz, bei welcher Gelegenheit er in der Tonhalle in Zürich ein Konzert veranstaltet. In dem Konzert am Mittwoch kommen ausschließlich die für das Züricher Konzert bestimmten Chöre zum Vortrag, und zwar neben mehreren kleineren von Faßbender, Angerer, Silcher und Baumann die Kunstchöre: „Weihe des Liedes", der Liederhalle von ihrem Ehrenmitgliede Hegar gewidmet. „Eifelwind" von Baumann, dem Chormeister der Liederhalle, und der machtvolle, doppelchörige „Choral von Leuthen" von Becker. Als Solisten hat der Verein zu seinem Frühjahrskonzert einen Sänger von großem künstlerischem Ruf, den Kgl. Württ. Kammersänger Heinrich Weil, Mitglied der Metropolitan Opera in Neuyork gewonnen. Der Künstler wird den Prolog aus Leoncavallos „Bajazzo" und zwei Lieder von Brückler „Sonne taucht in Meeresfluten" und „Lindduftig hält die Maiennacht" singen. Um dieses interessante Konzert auch der Oeffentlichkeit zugängig zu machen, hat sich der Verein auf vielseitigen Wunsch entschlossen, für Nichtmitglieder Karten zu 1 Mk. und 50 Pfg. auszugeben, die an den im Anzeigenteil bekanntgegebenen Verkaufsstellen erhältlich sind.

* **Im „Palast-Lichtspiele"** in der Herrenstraße wird seit Samstag ein Film, „Das geheimnisvolle X" vorgeführt. Das Bild, das in vielen anderen Großstädten Tausende in atemloser Spannung gehalten hat, ist ein Meisterstück der Lichtbildkunst im wahren Sinne des Wortes. Trotz seiner 6 Akte ist dieser Meisterfilm von einer derartigen Darstellungstechnik und so geschickt und gleichzeitig auch so künstlerisch aufgebaut, daß das Publikum vollständig in seinem Bann gehalten wird. Die komplizierte Handlung zeigt uns viele hübsche und geschickt arrangierte Filmschönheiten, so daß das Bild außergewöhnlich anspricht. Trotz der enormen Anschaffungskosten dieses Films finden die Vorstellungen zu gewöhnlichen Eintrittspreisen statt. Die Vorstellungen beginnen täglich um 3, 5, 7 und 9 Uhr. Der Eintritt in das Theater kann jedoch jederzeit erfolgen, da ununterbrochen Vorstellung stattfindet.

* **Residenztheater.** Zwei große Premieren zeichnen das neue Programm aus. Es ist dies der Film nach dem Roman von Emile Richebourg „La dame en noir" und das flotte Lustspiel „In Vertretung" von Heinz Gordon. Der Spielplan der Abendvorstellungen ist besonders reichhaltig ausgestattet.

Neues vom Tage.

Großfeuer.

Gebweiler (Oberelsaß), 23. Mai. **Gestern abend ½7 Uhr ist die Spinnerei von Bourcart-Fils u. Co. vollständig niedergebrannt. Es verbrannten ca. 20 Maschinen mit 20 000 Spindeln. 100 Arbeiter sind brotlos geworden. Der Schaden wird auf 5—600 000 Mk. geschätzt.**

Fliegerabsturz.

Osnabrück, 23. Mai. **Bei Wellendorf ist aus ca. 1400 Meter Höhe bei einem Gewittersturm ein Flugzeug, Führer Oberleutnant Böder und Begleiter Leutnant Bernhardt, abgestürzt. Beide Flieger sind tot.**

Gelsenkirchen, 23. Mai. Der erfolgreiche französische Sturzflieger Chevillard, der an mehreren Tagen der letzten Woche hier zum Entzücken Zehntausender glänzend gelungene Sturzflüge ausführte, ist bei einem Ueberlandflug nach Düsseldorf, wo er morgen fliegen wollte, in der Nähe der Villa Hügel in Essen aus unbekannter Ursache abgestürzt. Der Flieger und sein Passagier sind schwer verletzt, der Apparat ist vollkommen zertrümmert.

Großfeuer.

Stettin, 25. Mai. **Die Einwohner wurden gestern am frühen Morgen durch eine furchtbare Kanonade erschreckt. Es folgten Detonation auf Detonation. Und gleichzeitig schossen große glühende Körper zum Himmel empor. In der Sauerstoffniederlage von Mandt war Großfeuer ausgebrochen, das in kurzer Aufeinanderfolge 60 Sauerstoffflaschen zur Explosion brachte. Die Lage war äußerst bedrohlich, da in dem vom Feuer ergriffenen Schuppen noch über 200 gefüllte gußeiserne Sauerstoffflaschen lagen. Die Feuerwehr arbeitete mit 22 Rohren. Erst nach dreistündiger angestrengter Löscharbeit konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten. Ueber die Ursache des Brandes steht noch nichts fest.**

Explosions-Katastrophe.

Düren, 25. Mai. **Wie der Vertreter der Telegraphen-Union von der Leitung des städtischen Krankenhauses erfährt, sind bis gestern abend von den 37 ins Krankenhaus eingelieferten Verletzten 25 entlassen worden, 12 Schwerverletzte befinden sich noch im Krankenhaus. Im Lauf des gestrigen Nachmittags sind noch zwei der Verunglückten gestorben. Die Gesamtzahl der Toten beläuft sich bis zur Stunde auf 8. Verschiedene Leute werden noch vermißt.**

Zur Lage in Albanien.

Der Kampf mit den Aufständigen.

Durazzo, 25. Mai. Meldung der Agenzia Stefani. In dem Kampf sind 20 Mann gefallen und zehn verwundet worden. Die Aufständischen hatten auch mehrere Gefangene gemacht, darunter einen holländischen Offizier und den rumänischen Militär-Attachée Prinzen Sturdza. Gestern vormittag begab sich Fürst Wilhelm, begleitet nur vom Hofmarschall von Trotha, einem Offizier und zwei Dienern zu den Vorposten, besichtigte die Verschanzungen und kehrte dann unter freundlichen Kundgebungen der Bevölkerung zurück. — Die Aufständischen haben die Gefangenen und Verwundeten ausgeliefert.

Wien, 25. Mai. Ein verspätet eingetroffenes, vom 23. Mai, nachmittags aus Durazzo datiertes Telegramm meldet, daß etwa 500 Insurgenten in Kawaja die Regierungsbehörden vertrieben und die türkische Fahne gehißt haben, nachdem sie die albanische Fahne zerissen und zu Boden getreten hatten. Die Aufständischen haben einen Mufti und einen Gouverneur ernannt und die Autonomie ihres Bezirkes proklamiert unter dem Rufe: „Es lebe Essad, der König Albaniens!"

Internationale Truppenentsendung nach Durazzo.

Skutari, 24. Mai. Von den internationalen Besatzungstruppen sind 500 Mann nach Durazzo abgegangen.

Mailand, 25. Mai. Dem Secolo wird aus Udine gemeldet: Das hier liegende Alpenjäger-Bataillon hat Befehl erhalten, sich zum Abgang nach Albanien bereit zu halten.

Essad Pascha in Rom.

Rom, 25. Mai. Essad Pascha traf um Mitternacht von Neapel kommend, hier ein.

Der Mbret will abdanken.

Paris, 25. Mai. Die hiesige Presse fährt fort, die Lage in Albanien als sehr ernst zu betrachten. Es liegen Blättermeldungen aus Durazzo vor, wonach Prinz Wilhelm vollkommen in die Bedingungen der Aufständischen eingewilligt hätte und bereits sogar einen Abdankungsvertrag unterschrieben haben soll. Wenn die Aufständischen ihre Angriffe gegen Durazzo weiter fortsetzen, so werde Prinz Wilhelm und seine Umgebung sich von neuem an Bord des italienischen Kreuzers begeben, um jedoch in diesem Falle definitiv nach Italien zurückfahren und nicht mehr nach Albanien an Land zu gehen.

Letzte Nachrichten.

Der Wehrbeitrag der Familie Krupp.

Essen, (Ruhr), 25. Mai. Der Wehrbeitrag des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach beträgt 6,9 Millionen Mark, der der Firma Krupp 840 000 und der der Frau Geheimrat Krupp 860 000 Mark.

Reichstagsstichwahl.

Stendal. 25. Mai. **Bei der heutigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis Stendal-Osterburg fielen nach vorläufiger Zählung auf Hoesch (Kons.) 12 518 und auf Wachhorst de Wente (natl.) 15 027 Stimmen. Es stehen nur noch die Resultats von einigen kleineren Orten aus. Die Wahl von Wachhorst de Wente ist sicher.**

Die neue belgische Kammer.

Brüssel, 25. Mai. **Die neue Kammer wird, wenn die amtlichen Feststellungen des Ergebnisses keine Aenderung mehr bringen, sich wie folgt zusammen: 99 Katholiken, 45 Liberale, 40 Sozialdemokraten und 2 Christliche Demokraten. Die Katholiken hatten in der letzten Kammer 101 Sitze. — Die Patriote (Konserv.) glaubt den Verlust der Kathol. Partei bei den gestrigen Wahlen auf die Schul- und Militärpolitik zurückzuführen und stellt außerdem fest,**

daß in fast allen Wahlbezirken, die gestern zu wählen hatten, die Stimmenzahl der Konservativen zurückgegangen ist, die der Opposition aber teilweise auffallend starke Fortschritte gegenüber dem Jahre 1912 gemacht habe.

Franz Kossuth †

Budapest, 25. Mai. Der Abgeordnete und frühere Handelsminister Franz v. Kossuth ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Kossuth ist der jüngere Sohn des ehemaligen Diktators Ungarns, der im Jahre 1894 in Turin verstarb. Nach dem Tode seines Vaters kam Kossuth nach Ungarn zurück und wurde ein Jahr später als Führer der 48er Unabhängigkeitspartei in den Reichstag gewählt. Bei der Gründung des Ministeriums Justh trat er in das Kabinett ein. Er war bereits seit einigen Jahren krank und jetzt ist er seinem langen, qualvollen Leiden erlegen.

Russische Rechtspflege.

Petersburg, 25. Mai. Der Minister des Innern Maklakow hat dem Senat einen Vorschlag unterbreitet, alle Rechtsanwälte unter Polizeiaufsicht zu stellen und ihnen zu verbieten, Kriminalprozesse zu führen.

Quittung.

Für den Wahlfonds zu den Stadtverordnetenwahlen gingen folgende Beträge ein:

Tellersammlung in der Kolosseumsversammlung ℳ 24,23, Ueberschuß von einer kalten Platte ℳ 3.—, Listen Nr. 31 bis 44 ℳ 70,20, Listen Nr. 46 bis 53 ℳ 10,90, Listen Nr. 55 und 56 ℳ 2,20, Listen Nr. 60 bis 63 ℳ 8,60, Liste Nr. 136 ℳ 4,80, früher quittiert ℳ 89,40, zusammen ℳ 213,33.

Briefkasten der Redaktion.

R. R., Durlach. Wenden Sie sich an Arbeitersekretär Brull, hier.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Sprechstunden: 12—½2 und 5—7 Uhr, Mittwoch- und Samstag-Abend und Sontag geschlossen.

P. M. Es hat keinen Wert, Ihnen sämtliche in Frage kommenden Gesetzesparagraphen zu nennen, da die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen allen Behörden genau bekannt sind. Ueber den Aufenthaltsort Ihres minderjährigen Sohnes haben Sie zu bestimmen. Werden Ihre Anordnungen nicht befolgt, so können Sie durch mehrere Maßnahmen Ihren Willen durchsetzen. Selbstverständlich ist auch Ihr Sohn verpflichtet, zu Ihrem Unterhalt beizutragen. Da wir Ihre Familienverhältnisse nicht kennen und da auch im Rahmen einer Briefkastennotiz nicht ausführlich das Rechtsverhältnis zwischen Vater und Kind behandelt werden, kann, raten wir Ihnen dringend, das Arbeitersekretariat aufzusuchen. Könne Sie selbst nicht gehen, so senden Sie Ihre Frau. Es können Ihnen dann ausführliche Verhaltungsmaßregeln gegeben werden.

Nach Mörsch. Die Kinder sind verpflichtet, für den Unterhalt ihrer bedürftigen Eltern, soweit sie dazu in der Lage sind, zu sorgen. Bei Ihnen liegt aber wohl die Sache so, daß alle Kinder für sich selbst und ihre Familie zu sorgen haben und daß der Gemeinderat von denselben keinen Ersatz verlangen kann.

Bischweier. Daß sich die Steuer bei drei Kinder ermäßigt, ist nicht unter allen Umständen richtig. Das Einkommensteuergesetz sagt nur, daß, wenn besondere Verhältnisse vorliegen und das Einkommen 2000 Mk. nicht übersteigt, kann auf Antrag der Betreffende in eine niedrigere Steuerstufe herabgesetzt werden. Besondere Verhältnisse werden auch bei Vorhandensein von 3 und mehr Kinder angenommen. Wenn also jmand, der keine 2000 Mk. Einkommen hat, 9 lebende Kinder sein eigen nennt, kann er ganz von der Steuer befreit werden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: **Hermann Kadel**; für den übrigen Inhalt: **Hermann Winter**; für die Inserate: **Gustav Krüger**, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Telegraphischer Schiffsbericht der „Red Star Linie" Antwerpen.

Der Postdampfer „Lapland" der „Red Star Linie" in Antwerpen ist laut Telegramm am 17. Mai wohlbehalten in New-York angekommen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts".) **Unseren verehrlichen Mitgliedern zur Kenntnis, daß Festbücher zum 20. Stiftungsfest der „Lassallia" an den Pfingstfeiertagen im Vereinslokal zu erhalten sind. Preis 50 Pf. Dieselben berechtigen zu sämtlichen Veranstaltungen.** 1226

Grötzingen. (Soz. Verein.) Kommenden Donnerstag, abends punkt ½9 Uhr, findet im „Löwen" umständehalber Mitgliederversammlung statt. In derselben wird Landtagsabgeordneter Kurz über die Schuldebatte im badischen Landtag sprechen. Erscheinen Ehrensache. 1235

Durlach. (Naturfreunde.) Dienstag den 26. d. M., punkt halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Löwenbräu". Genosse Rauscher wird einen Vortrag mit Lichtbildern halten. Um vollzähliges, pünktliches Erscheinen ersucht
1237 Die Ortsgruppenleitung.

Zell a. H. (Sozialdem. Verein.) Freitag den 29. Mai Generalversammlung im „Badischen Hof", abends 8 Uhr. Vollzähliges Erscheinen erwartet 1238 Die Verwaltung.

Ernährungsfehler sollen von Frauen besonders in der Zeit der Niederkunft vermieden werden und das beste Mittel gegen solche Störungen ist eine gute, gesundheitsfördernde Kost, die die Verdauungsorgane nicht beschwert. Das nahrhafte und leicht verdauliche „Kufeke" bewirkt eine geregelte Verdauung und wird als Wassersuppe oder mit Milch, Kakao, Bouillon, mit Suppen oder Gemüsen selbst von verwöhnten Personen gern genommen. Verlangen Sie in der nächsten Apotheke oder Drogerie gratis die Broschüre 104 „Kufeke"-Kochrezepte.

„Ich danke Ihnen, daß Sie immer wieder aufmerksam machen auf Ihr vorzügliches Heilmittel.

O möchte es von allen Kranken gehört und dann geprobt werden,

dann gibt es viel Freude und Lebenslust. Werden Sie nicht müde und fahren Sie fort, aufklärend zu wirken!" —

„Die Versuche haben sehr befriedigt. Besonders habe ich den Brunnen angewandt nach Magengeschwürkuren, und ich habe gefunden, daß er gerade hierbei vorzügliche Wirkung ausübt, nicht nur auf die Funktionen des Magens, sondern auch auf den Allgemeinzustand." — „Ich habe mit dem Lamscheider Stahlbrunnen bei starker Blutarmut und allgemeiner Entkräftung im Klimakterium, bei hochgradiger Blutarmut und verzögertem Eintreten der Menses junger Mädchen sehr günstige Erfolge und beste Wirkung erzielt." — Ausführliche Mitteilungen über Anwendungsgebiet, Kurerfolge u. Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen, Boppard a. Rh. S. 388.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 3. Juni, abends ½9 Uhr, in der „Gewerkschafts-Zentrale", Kaiserstraße 13

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 1230
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Stellungnahme zum badischen Parteitag.
4. Wahl von Delegierten zur Landesversammlung.

Wir ersuchen unsere Parteimitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

Freitag
den 29. Mai,
nachmittags 3 Uhr, im Saale der „Eintracht", (Karl-Friedrichstrasse)

Lehr-Vortrag

über das Frischhalten (Konservieren) aller Nahrungsmittel mit den

Weckschen Einrichtungen

Die theoretischen Erläuterungen werden mit praktischen Vorführungen auf mehreren Herden verbunden. In Anbetracht der überaus grossen Bedeutung einer rationellen Obst- und Gemüse-Verwertung in haus- und volkswirtschaftlicher Beziehung empfehlen wir den Besuch des Vortrages allen Hausfrauen * * * * * *

Hochachtungsvoll 1225

Hammer & Helbling
Kaiserstrasse 155/57
N. Hebeisen, Werderplatz 36.

Plüschdiwan schöner, für 55 Mk. zu verkaufen. **Luisenstr. 35,** Hof.

Kind wird in gewissenhafte Pflege genommen. **Georg Friedrichstr. 14,** 5. St.

Jüngere Frau sucht für abends **Büro oder Laden zu reinigen.** Zu erfragen **Nelkenstraße 5,** Hinterhaus 2. St.

LASSALLIA
WAHR SEI DAS WORT — FREI SEI DAS LIED
RECHT SEI DIE TAT — ZU JEDER ZEIT!
KARLSRUHE
1895

Zur Feier des

20. Stiftungsfestes

finden folgende Veranstaltungen statt:

Am Pfingst-Sonntag, 31. Mai d. Js., nachmittags 3 Uhr:

Konzert der Gastvereine
in der städtischen Festhalle.

Am Pfingst-Montag, 1. Juni d. Js., vormittags 11 Uhr:

Konzert des Gesangvereins Lassallia
in der Festhalle

unter gütiger Mitwirkung von Herrn Hofopernsänger **Hans Bahling,** vom Hof- u. Nationaltheater in Mannheim (Bariton) und Herrn Violinvirtuosen **Michel Jetteur** aus Brüssel.

Am Pfingst-Montag, nachmittags und Dienstag, 2. Juni

Konzert und Volks-Belustigung

auf dem **Festplatz am neuen Messplatz,** Durlacher-Allee.
Restaurationsbetrieb in den Messewirtschaften.

Zu diesen Veranstaltungen sind Freunde des Männergesangs, die Partei- und Gewerkschafts-Genossen Karlsruhes und Umgebung freundl. eingeladen. Die Festschrift, die zum freien Besuche der beiden Konzerte, ebenso zum Stadtgarten berechtigt (bei den Nachmittagskonzerten sind 30 Pfg. Musikgeld zu entrichten) sind zum Preise von **50 Pfg.** bei den Herren Sängern, im Vereinslokal „Auerhahn", Schützenstrasse 58, bei Herrn Musikalienhändler Müller, Ecke Kaiser- u. Waldstrasse, bei den Zigarrengeschäften Brehm, Schützenstrasse 37 und Töpper, Rüppurrerstrasse 10 u. Morgenstrasse 45, „Neuer Kaiserhof", Röhrig, „Stehwagen", „Markgraf Georg-Friedrich", Georg-Friedrichstrasse, Arbeitersekretariat zu haben. 1234

An der Kasse wird das Festbuch zum Preise von **70 Pfg.** abgegeben.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Oktober 1913 unter Nr. **21533** bis mit Nr. **23900** ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens **4. Juni 1914** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 1228

Karlsruhe, 25. Mai 1914.

Städt. Pfandleihkasse.

Prima 1185
Dörrfleisch
soweit Vorrat
das Pfund 0.90
in ganzen Stücken
das Pfund 0.80
in allen Filialen erhältlich
Gebr. Hensel, Hoflief.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisekoffer.
Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Städt. Vierordtbad
Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.
I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen geöffnet von vormittags 7 bis abends 8½ Uhr, sowie Sonntags 7 bis 12 Uhr. Samstags eine Stunde länger, auch über Mittag geöffnet. 17

Diwans
Große Auswahl in **neuen Plüschdiwans** von **35** u. **40** ℳ an, hochf. mod. Dessins v. **55** ℳ an. (Keine Fabrikware). **Polstermöbelhaus Köhler,** Schützenstraße 25. 747

5% Rabatt in bar
gewähre ich bis einschließlich **Freitag, den 29. Mai** auf **sämtliche** 1236
Schuhwaren
Auf Wunsch werden die in diesen Tagen gekauften Schuhwaren bis Samstag, den 30. Mai zurückgestellt und dennoch der Rabatt gewährt.
J. Madlener, Auktions-Schuhgeschäft.
Rüppurrerstraße 20.

Eilen Sie nach der — **52 Kronenstraße 52** — Eilen Sie nach der
Staunend billig kauft man
Herren- Burschen- Knaben- **Anzüge**
und Hosen sowie sämtliche Sorten Arbeiter-Kleider
in 1232
Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft
Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig **Buchdruckerei Volksfreund.**

Doppelte Rabattmarken bis Schluß dieser Woche

im **Kaffee-Geschäft Gebr. Kayser**

Filialen in Karlsruhe: **Kaiserstrasse Nr. 229** (Ecke Hirschstrasse).
Kaiserstrasse Nr. 113 (Ecke Adlerstrasse, im Hause des Herrn Küter).
Filiale in Pforzheim: **Deimlingstrasse Nr. 5.** 1221

Berghausen.

Café zum weißen Rössel

am Ortseingang gegen Grötzingen gelegen
bringt seine
schönen Lokalitäten mit herrlichem Rundblick
einem titl. Publikum in empfehlende Erinnerung.
Kaffe, Tee, Chocolade, versch. Kuchen, erfrischende u. alkoholfreie Getränke.
Aufmerksame Bedienung. 1114

Tadellos billig und schnell
werden Sie bedient in der 1108
Färberei und chem. Waschanstalt
Telephon 1953 **D. Lasch** Telephon 1953
Zweitgrößtes und leistungsfähigstes Geschäft dieser Branche am Platze.
Filialen in allen Stadtteilen.
Mitgl. d. Rabatt-Sparvereins. Verlang. Sie Rabattmarken

Pfannkuch & Co

Abschlag!
Drei Waggons neue
Sommer-Malta-Kartoffeln
3 Pfund **40** ₰
10 Pfund ℳ **1.30**
der erste Waggon gelbfleischige
Italiener-Kartoffeln
3 Pfund **32** ₰
10 Pfund **98** ₰
Neue Aegypter Zwiebeln
Pfund **17** ₰ 1224
10 Pfund ℳ **1.60**
Zentner ℳ **15.75**
Schlangengurken
St. **30** bis **40** ₰
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Erstklassige
Schneider
finden Jahresstelle bei höchstem Verdienst (auf Tag oder Stück) bei 1229
Hans Leyendecker.

Arbeitsvergebung.

Für den Umbau der Festhalle (Küchenbau und östliche Kleiderablage) sind nachstehende Arbeiten zu vergeben:
1. **Blechnerarbeit,**
2. **Dachdeckerarbeit,**
   a) Schieferdach, 1136
   b) Pappdach,
3. a) **Oberlichtkonstruktionen,**
   b) **Verglasungen.**

Angebots-Formulare können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrich-Straße Nr. 8, Zimmer 170, abgeholt werden.

Daselbst sind auch die Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis **Donnerstag den 4. Juni ds. Js., vormittags 11 Uhr,** einzureichen.

Karlsruhe, den 20. Mai 1914.
Städt. Hochbauamt.

Größere Posten 434
Herrenkleiderstoff-Reste
in nur ausgesuchten Ia Qualitäten sind enorm billig abzugeben
Kaiserstraße 133 1 Treppe hoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstraße
(Eingang bei der kleinen Kirche).

Getragene Kleider
Schuhe, Stiefel etc.
für Herren und Frauen kauft man billig in 1233
Weintraub's
An- und Verkaufsgeschäft
52 Kronenstraße 52.

Gebrauchte Möbel
aller Art, sowie ganze 1086
Haushaltungen
kauft fortwährend zu hoh. Preisen
D. Gutmann, Rudolfstr. 12.

Vereinigte Gewerkschaften Stuttgart.

In der Zeit vom **18.** bis **24. Juli 1914** veranstalten wir eine

fünftägige Gesellschaftsreise nach Belgien.

(Das Programm derselben siehe im redaktionellen Teil der Nr. 121 des „Volksfreund".)

Der Gesamtpreis für die Reise, inklusive aller Fahrgelder von Stuttgart nach Belgien und zurück sowie in Belgien, 5 Frühstücken, 5 Mittagessen, 4 Abendessen, 4maligem Uebernachten in guten Hotels in Brüssel, aller Eintrittsgelder, Trinkgelder, doch ohne Getränke, beträgt

75 Mark pro Person.

Ausserdem hat jeder Teilnehmer eine mindestens 4 cm breite, 6 cm hohe Photographie mit mindestens 1 cm Kopfhöhe zu liefern und für das Generalabonnement 4 Mk. zu hinterlegen, welche gegen Rückgabe der für Belgien gelösten Generalabonnements wieder zurückerstattet werden.

Anmeldungen, denen 3 Mk. Einschreibgeld beigefügt werden müssen, werden bis zum 20. Juni von dem Unterzeichneten entgegengenommen. Teilnehmer, welche sich erst nach dem 20. Juni anmelden, müssen pro Person 80 Mk. bezahlen.

Nach dem 12. Juli können Anmeldungen nicht mehr angenommen werden.

Herren und Damen, welche nur den Extrazug benützen wollen, ohne an den Veranstaltungen in Belgien teilzunehmen, können dies zum Preise von 30 Mk. für Hin- und Rückreise inklusive 5tägigem Generalabonnement für Belgien tun.

An der ganzen Reise inklusive aller Veranstaltungen kann jedermann teilnehmen. Etwaige Interessenten können gegen Einsendung von 50 Pf. in Briefmarken einen Sonderabdruck des Programms zugesandt erhalten.

Anmeldungen nimmt entgegen

Hermann Haarer, Gewerkschaftssekretär, Stuttgart, Nadlerstrasse 3
Telephon 4633 :: Postscheckkonto 4449. 1222

J. Schleifer
Karlsruher Fahrrad-Haus
Kaiserstr. 5, am Durlacher Tor
liefert 1223
sämtl. Reparaturen
gut, billig und schnell.

Ein kompl. Fahrrad vernickeln u. emaillieren
Mk. 20.—

Fahrräder		Fahrradteile	
Ideal	Mk. 52.—	Pedale	von Mk. 0.85 bis 5.—
Union mit Torpedo	„ 70.—	Ketten	„ „ 0.95 „ 2.50
Presto Bravo mit Torpedo	„ 80.—	Fusspumpen	„ „ 0.60 „ 2.50
Presto Orig. mit Torpedo	„ 90.—	Schläuche	„ „ 1.80 „ 5.—
Panther Orig. mit Torpedo	„ 100.—	Mäntel	„ „ 1.80 „ 8.50

Feuerzeuge mit Reibrädchen . . . 28 Pfg.

Erholungsheim
der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden

für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungssatz 2 Mk. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht können auch auswärts wohnende Frauen und Mädchen für 3 Mk. täglich aufgenommen werden.

Nähere Auskunft und Anmeldung bei der 7978
Direktion des städt. Krankenhauses Karlsruhe.

Pfingst-Verkauf:
Leinenkostüme von Mk. **4.70** an
Leinenröcke von Mk. **3.00** an
Batistblusen von **95** Pfg. an
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Keine Ladenspesen. 1184

Residenz-Theater Durlach
im „Grünen Hof".

Mittwoch, den 27. und Donnerstag, den 28. Mai
ununterbrochen v. 7-11 Uhr
großes Spezialitäten u. Sensationsprogramm.

„Der letzte Wunsch des Stahlkönigs"
Sensationsdrama in 3 Akten.

„Postlagernd Treues Herz 909"
Drama aus dem Leben in 3 Akten. 1209

Aktuelle Aufnahme der Feuerwehr in Durlach.

Beisetzungsfeierlichkeiten des früheren Feuerwehrkommandanten Christian Kaser in Pforzheim.

Als Extra-Einlage:
Mr. Rudolfi!!
Der König der Kunstpfeifer, unerreicht hohes „C".
Ferner als Original Wiener Fiacker: Der beste Giradi-Kopist! 1209
Auftreten in Durlach nur an den beiden Tagen.

Herren- und Damen-Kleider
reinigt und färbt billig
Färberei Firnrohr,
Kaiserstraße 28. 1171

Mützen 1231
Regenschirme und Rucksäcke etc.
kauft man billig in
Weintraub's
An- und Verkaufsgeschäft
52 Kronenstr. 52.

Junge, tücht. Kellnerin
nimmt noch **Aushilfsplätze,** gleich welcher Tag, oder für ständig. 1079
Zu erfr. **Philippstr. 7, 1. St**

Erdal

Mehrere Millionen Mark wandern jährlich ins Ausland für fremde Schuhcreme-Fabrikate, an denen das Beste und Wertvollste meist die Ausstattung zu sein pflegt, während der teuer bezahlte Inhalt nie besser, sehr oft aber schlechter wie bei bewährten deutschen Schuhcremes ist.

Kaufen Sie nur noch die Qualitäts-Marke Erdal für billiges Geld, das tut sowohl Ihrem Schuhwerk wie auch Ihrem Geldbeutel wirklich gut!